



## Wirtschaftsfaktor MLU

Die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) ist mit ihren Aufgaben in Forschung und Lehre sowie mit dem damit verbundenen Innovationstransfer ein wichtiger Wirtschafts- und Beschäftigungsmotor. Bei einem jährlichen Landeszuschuss von rund 133,7 Mio. Euro (plus Medizin: 53,3 Mio. Euro) betragen die durch die MLU ausgelösten Gesamtausgaben dagegen rund 506 Millionen Euro. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung der Arbeitsgruppe Sozialgeographie der MLU für das Jahr 2010. Pro Jahr gibt es demnach durch die Ausgaben der MLU Einkommenseffekte in Höhe von 278 Millionen Euro. Von der MLU hängen mehr als 8.100 Arbeitsplätze ab.

## Neuer Geschäftsführer

Am 11. März 2013 übernahm Olaf Schneider, neben Prof. Dr. Matthias Krause, die Position des Geschäftsführers der EVH GmbH, einem Unternehmen der Stadtwerke Halle. Olaf Schneider ist 42 Jahre alt und Diplom-Wirtschaftsingenieur. Er verfügt über langjährige Erfahrungen in der Energiewirtschaft in den Bereichen Strom, Gas und Wärme. Schwerpunkt seiner bisherigen Tätigkeit waren Netz und Vertrieb. Die neue Führungsstruktur der Stadtwerke Halle wird stärker auf marktorientierte Geschäftsfelder ausgerichtet.

## Öffnungszeiten zu Ostern

Die Bürgerservicestellen (BS) haben zu Ostern geänderte Öffnungszeiten. Die BS Marktplatz 1 bleibt am Ostersamstag, dem 30. März 2013, geschlossen. Am Dienstag, dem 02. April 2013, haben die Bürgerservicestellen Marktplatz 1 und Am Stadion 6 wieder geöffnet: 1. BS Marktplatz 1 von 8 Uhr bis 19 Uhr; 2. BS Am Stadion 6 von 9 bis 18 Uhr.

## Platz 2 für Böllberger

Die neuen Böllberger Canadier-Zweier Kai und Kevin Müller belegten beim ersten Weltranglistenrennen 2013 in Australien Ende Februar den zweiten Platz. Die beiden Sportsoldaten, die zu Beginn der Saison 2013 vom KC Falke Magdeburg zum Böllberger Sportverein wechselten, kamen mit einer halben Sekunde Rückstand auf das Siegerboot ins Ziel.

# Neues Dienstleistungszentrum stellt sich vor

## Direkte Ansprechpartner für Hinweise und Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger



Auftakt mit großer Resonanz: Mehr als 150 Hallenserinnen und Hallenser folgten der Einladung der Stadtverwaltung zum Ideenaustausch. Fotos: Thomas Ziegler

Bis auf den letzten Platz gefüllt waren der Festsaal und der Kleine Saal des Stadthauses am 5. März: Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand hatte zu einem ersten gemeinsamen Treffen mit Vertretern von Bürgerinitiativen und -vereinen, der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V., der BürgerStiftung.Halle, städtischer Unternehmen und der Stadtverwaltung eingeladen. Mehr als 150 Hallenserinnen und Hallenser folgten der Einladung und brachten eine Fülle von Ideen und Anregungen mit. Nicht Probleme, sondern konstruktive Vorschläge für die Stadt standen im Mittelpunkt der Veranstaltung – ein Unterschied zu den Bürgerforen vergangener Jahre.

Petra Reinhardt, Leiterin des neuen Dienstleistungszentrum (DLZ) Bürgerengagement, nutzte die Gelegenheit, ihr Team und die Angebote vorzustellen. Bürgerinnen und Bürger, die bei einem Anliegen Unterstützung brauchen, finden im DLZ von montags bis freitags in der Zeit von 9 Uhr bis 18 Uhr einen zentralen Ansprechpartner. Auch Beschwerden und Hinweise werden dort „in einer Hand“ bearbeitet. Das heißt: Jeder Bürger erhält für sein Anliegen einen direkten Ansprechpartner. Dieser koordiniert die Bearbeitung innerhalb der Verwaltung und begleitet das gesamte Verfahren bis zum Abschluss. Damit lässt sich die zeitaufwendige Suche nach dem richtigen Ansprechpartner in einem Fachbereich oder einer Abteilung vermeiden. „Wir werden schneller und wir werden besser – das ist versprochen“, ergänzte Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand. Standort des neuen Dienstleistungszentrums ist das Foyer im Rathshof am Marktplatz. DLZ-Leiterin Petra Reinhardt informierte außerdem, dass in den kommenden Monaten in Stadtteilen Quartiersmanager eingerichtet werden.

Weiterhin wird im DLZ Bürgerengagement derzeit eine Förderrichtlinie zur Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements erarbeitet. „Ein erster Entwurf steht seit dem 11. März im Internet unter [www.halle.de](http://www.halle.de) zur Diskussion“, so Petra Reinhardt. Dabei gehe es sowohl um die Wertschätzung als auch um die Unterstützung des Ehrenamtes. Ergänzende Vorschläge können noch bis zum 15. April eingereicht werden. Vor der Sommerpause soll die Richtlinie in den Stadtrat eingebracht werden.

Darüber hinaus ruft die Stadt gemeinsam mit Vereinen und Initiativen vom 8. bis zum 13. April zum Frühjahrsputz auf. Neu in diesem Jahr: Dem Frühjahrsputz schließt sich nur wenige Wochen später eine große Pflanzaktion an. Vom 29. April bis zum 5. Mai greifen interessierte Vereine, Initiativen sowie Bürgerinnen und Bürger in ihren Stadtteilen zur Pflanzschaufel. Nähere Informationen erhalten Interessierte im DLZ unter der Telefonnummer 221 41 06.

Nicht nur das Dienstleistungszentrum präsentierte sich an diesem Abend im Stadthaus: Auch Wanja Seifert von der Zukunftswerkstatt Alter Markt stellte seine Bürgerinitiative und die Ergebnisse eines Workshops vor. In den kommenden Monaten stehen zahlreiche Aktivitäten auf der Agenda: So wollen die Teilnehmer der Zukunftswerkstatt Patenschaften für Bänke übernehmen und einen alternativen Rad- und Fußweg durch das Viertel entwickeln. Die Verschönerung des Eselsbrunnens und Rundgänge durch das historische Areal Alter Markt sind ebenfalls geplant. All das wird in das Konzept der Interessengemeinschaft Alter Markt integriert.

Für den Oberbürgermeister hat diese Zukunfts-

werkstatt klaren Vorbild-Charakter. Denn die Mitstreiter verstehen ihre Arbeit als Prozess, der zu nachhaltigen Lösungen führen soll.

Im zweiten Teil des Abends kamen dann die zahlreichen Vertreter von Bürgerinitiativen (BI) zu Wort. Ralf Schmidt stellte die neue Bürgerzeitung „hallesche störung“ vor; Andreas Liste von der AHA-Initiative „Pro Baum“ plädierte für mehr Sensibilität im Umgang mit dem Stadtgrün und bot im Rahmen der geplanten Frühjahrs-Pflanzaktion Unterstützung an. Melanie Ranft, „Wir für Dölau“, bat um Beratung, um den Bau eines weiteren Supermarktes im Wohnquartier mit Hilfe bürgerschaftlichen Engagements zu verhindern. Kann ein Teil des stillgelegten Stadtschulgartens zum Biengarten werden? Wie lässt sich das Anliegen der Bürgerinitiative „Gesundbrunnenhaus“ beschleunigen, die seit einem halben Jahr auf die Genehmigung einer Kneipp-Anlage wartet? Und wo können historische Fassadenteile des Alten Rathauses dauerhaft ausgestellt werden, fragte ein Vertreter der BI „Altes Rathaus“. Vieles – auch Kritik – wurde offen angesprochen und die stadtweite Vernetzung von Engagierten angeregt.

In drei Monaten, so Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand, gibt es ein erneutes Treffen. Bis dahin sollen Vorschläge und Anregungen geprüft, Fragen geklärt und die neuen Strukturen innerhalb der Verwaltung weiterentwickelt werden.

Kontakt: DLZ Bürgerengagement,  
E-Mail: [dlz-buergerengagement@halle.de](mailto:dlz-buergerengagement@halle.de),  
Telefon: 0345 221 11 15, [www.halle.de](http://www.halle.de)

## AMTSBLATT

### Lesen Sie in dieser Ausgabe

<b>Nachrichten und Aktuelles</b>	
Neues Dienstleistungszentrum	Seite 1
<b>Aufruf</b>	
Frühjahrsputz und Pflanzaktion	Seite 1
<b>Wirtschaft und Wissenschaft</b>	
Wirtschaftsfaktor MLU	Seite 1
<b>Seniorenkraft</b>	
Halles Seniorenvertretung e. V.	Seite 2
<b>Serie: Museale Sachzeugen</b>	
Christian-Wolff-Medaille	Seite 2
<b>Reihe: Lexikon</b>	
Die Petition	Seite 2
<b>Parkraumbewirtschaftung</b>	
Neue Regelungen Nähe Bahnhof	Seite 2
<b>Positionen</b>	
Aus den Fraktionen des Stadtrats	Seite 3
<b>Öffentliche Bekanntmachungen</b>	
Beschlussübersicht Stadtrat	Seite 4
<b>Öffentliche Bekanntmachungen</b>	
Tagesordnungen, Diverses	ab Seite 5
<b>Anzeigen</b>	ab Seite 4



Dr. A.-E. Hintzsche, G.-W.-Steller-Gesellschaft



Richard Schmid, Attac Halle



Dr. Martina Emsel, BV Initiative für Reideburg



Ulrich Schröder, BI Historische Rathausseite Halle e.V.



Melanie Ranft, Wir für Dölau



Sebastian Zech, Computerverein Merseburg

## Kostenpflichtiges Parken

Voraussichtlich ab Mittwoch, dem 20. März 2013, werden in der Ernst-Kamieth-Straße und in der Buddestraße neue Parkautomaten in Betrieb genommen. Die Parkgebühren in der Gebührenzone II betragen einheitlich montags bis freitags von 8 bis 18 Uhr und samstags von 8 bis 13 Uhr 0,25 EUR pro 30 Minuten Parkdauer. Die Mindestparkdauer beträgt 30 Minuten und kann in Sechs-Minuten-Schritten verlängert werden. Außerhalb der genannten Bewirtschaftungszeiten ist das Parken frei.

Mit der Verlagerung der Parkmöglichkeiten für Reisebusse aus der Buddestraße in die Ernst-Kamieth-Straße können die PKW-Parkmöglichkeiten für Anwohner im Wohngebiet und für Besucher am Hauptbahnhof neu geordnet und verbessert werden. Gleichzeitig kann dieses Areal gemäß dem verkehrspolitischen Leitbild der Stadt zur Parkraumbewirtschaftung genutzt werden.

Die auf Kurzzeitparker ausgerichteten Parkplätze verbessern für die Nutzer des Einzelhandelsangebots im Hauptbahnhof und die Besucher der umliegenden Behörden die Parkmöglichkeiten im öffentlichen Straßenraum. Den Anwohnern in der Buddestraße stehen nun 19 statt nur sieben Stellplätze zur Verfügung.

Alle Stellplätze in der Kirchnerstraße sind nach wie vor ganztägig mit Bewohnerparkausweis nutzbar. Bewohner der Ernst-Kamieth-Straße, Buddestraße, Maybachstraße, Kirchnerstraße und der nördlichen Seite der Rudolf-Ernst-Weise-Straße können Anträge auf Ausstellung eines Bewohnerparkausweises in der Bürgerservicestelle, Marktplatz 1 zu den bekannten Öffnungszeiten (Mo: 8 - 16 Uhr sowie Di und Do: 8 - 19 Uhr, Mi: 8 - 12 Uhr, Fr: 9 - 15 Uhr sowie Sa: 9 - 12 Uhr) stellen. Die Neuausstellung des Bewohnerparkausweises kostet 30,70 EUR. Der Bewohnerparkausweis gilt für ein Jahr ab Ausstellungsdatum, jedoch nicht während der Bewirtschaftungszeiten auf den 60 den Parkscheinautomaten zu geordneten Stellplätzen.

## Adressen der Fraktionen

Die Fraktionen des halleischen Stadtrats sind in den vergangenen Tagen und Wochen umgezogen. Bitte beachten Sie die aktuellen Adressen, die die Leserinnen und Leser des Amtsblattes auf der von den Fraktionen verantworteten Seite 3 dieser Ausgabe finden.

## Die Stadt gratuliert:

### Gnadenhochzeit:

Auf 70 gemeinsame Ehejahre blicken Ingeburg und Walter Stolp am 13. März.

### Eiserne Hochzeit:

Ihren 65. Hochzeitstag feiern am 25. März Rita und Werner Höschel.

### Diamantene Hochzeit

Das 60. Ehejubiläum begehen am 14.03. Brigitte und Lothar Müller sowie Liselotte und Herbert Poser, am 17.03. Sigrid und Walter Fabich, am 18.03. Lieselotte und Horst Fischer, am 21.03. Gisela und Hans-Dieter Schmidt sowie Helene und Hermann Seyffart und am 22.03. Ingeborg und Gottfried Zöllner.

### Goldene Hochzeit

50 Jahre Ehe feiern am 13.03. Regina und Klaus Mesechede, am 16.03. Erika und Rolf Braumann, Christel und Dietmar Brauner, Heidrun und Manfred Haberland, Renate und Dr. Siegfried Höring, Leonore und Hans-Dieter Jehnert, Marlies und Horst Jungmann, Ingrid und Wolfgang Leppa, Annemarie und Helmut Maiss, Ingrid und Kurt Schönege, Marga und Heini Schramm sowie Ursula und Horst Starke, am 19.03. Annemarie und Lothar Böger und am 23.03. Rosemarie und Hans Dargies, Christel und Lothar Erler, Ursula und Hans-Jürgen Gerhardt, Renate und Klaus Haeb, Doris und Alfred Henze, Regina und Kurt Mai, Helga und Wolfgang Parakenings, Christel und Peter Pretzsch, Sieglinde und Günter Schwarz, Roza und Ivan Stykel, Eveline und Lutz Wiedemann sowie Ingrid und Hans-Jörg Winkler.

### Geburtstage

Seinen 102. Geburtstag feiert Kurt Michallek am 21. März.

Ihren 100. Geburtstag begehen Mathilde Heinerth am 13. März und Charlotte Hartwig am 25. März.

Das 95. Lebensjahr vollenden Ella Speckhahn am 13. März, Gertrud Sturm am 20. März und Gerda Schindhelm am 21. März.

Ihren 90. Geburtstag feiern am 13.03. Lothar Kunkel, am 14.03. Adolf Blum, Liselotte Heinzel und Irmgard Uhlig, am 15.03. Herta Schneider und Ursula Schulz, am 16.03. Emma Güttler, am 17.03. Lisbeth Rambow, am 18.03. Margarete Bätz, Waltraud von Senden und Ingeborg Struckmann, am 19.03. Ruth Grottsch, am 20.03. Anneliese Födtsch, Herbert Kummer und Erika Lehmann, am 21.03. Anna-Marie Kahleis und Erna Wagner, am 22.03. Ingeborg Kuhnert, Erika Rost und Anton Stieber, am 23.03. Willi Wilde, am 25.03. Rolf Osterwald sowie am 26.03. Johanna Arndt und Margot Krutki.

Allen Jubilaren herzliche Glückwünsche!

# Seniorenkraft

Für die Älteren: Der Seniorenrat repräsentiert Halles Seniorenvertretung e.V.



Sind die neuen Straßenbahnfahrzeuge auch altersgerecht? Der Seniorenrat mit seinem Vorsitzenden Norwin Dorn (Mitte) informiert sich direkt bei der HAVAG. Foto: Thomas Ziegler

Senioren sind wichtig, bedeutend und zahlreich, denn schon jetzt sind fast 30 Prozent der Hallenserinnen und Hallenser älter als 60 Jahre. Ältere Menschen und Hochbetagte haben in Halle besondere Ansprechpartner – zum Beispiel Norwin Dorn. Der ehemalige Chemiker und Mitgründer der SPD in Halle-Neustadt 1989/90 ist Vorsitzender des Seniorenrats, jenes Gremiums, das die Seniorenvertretung der Stadt Halle e.V. repräsentiert. Der 1995 gegründete Verein ist Anlaufstelle für ältere Menschen und organisatorisches Dach für heute 42 Mitgliedsinstitutionen: für Seniorenvereine und -gruppen, für Wohlfahrtsverbände, freie Interessenverbände, für Seniorenkreise der Kirchen, für Altenhilfeeinrichtungen sowie Seniorenorganisationen von Gewerkschaften und politischen Parteien.

Norwin Dorn schwärmt von Projekten. Aktuell freut er sich auf Lesestunden in der Stadtbibliothek West von Halle-Neustadt. Am 29. April wird dort vor jungem Publikum aus Grimms „Bremer Stadtmusikanten“ vorgelesen. „Eine schöne Geschichte, in der alte, ausgediente Tiere zu Helden werden. Das passt doch zum Seniorenrat,“ meint Norwin Dorn.

Längst nicht alle Senioren sind so vital, beweglich und einsatzstark wie der halleische Seniorenrat. Für viele Ältere wird die Wohnung immer stärker zum eigentlichen Lebensraum, denn in den eigenen vier Wänden halten sie sich nahezu 20 Stunden am Tag auf.

Was leistet der Verein für solche und andere Ältere unserer Gesellschaft? In vier Arbeitsgruppen widmet er sich Themen wie Wohnen im Alter, Renten, Sicherheit & Verkehr, Gesundheit im Alter. Der Verein vertritt die Interessen älterer Bürger gegenüber

der Stadtverwaltung und dem Stadtrat oder auf Landesebene, betreibt Öffentlichkeitsarbeit und wirkt mit bei Maßnahmen und Programmen für ältere Bürger. Dabei handelt es sich z. B. um Vorschläge und Forderungen zur Verbesserung der Wohnungssituation, Erhöhung der Sicherheit von Senioren durch Zusammenarbeit mit der Polizei, dem Ordnungsamt und anderen Einrichtungen, Zusammenarbeit mit Alten- und Pflegeheimen, Sozialstationen, Krankenkassen und anderen Einrichtungen, Auswertung des Altenhilfeplans und anderer Erhebungen und Leitplänen hinsichtlich der Belange älterer Menschen, Initiativen zur Sicherung der Angleichung im Rentenrecht, Vergabe des Zertifikats „Seniorenfreundlicher Service“.

Dorn betont, die ehrenamtliche Arbeit sei umfassend wie komplex und letztlich nur mit Unterstützung zu bewältigen. So arbeitet eine Koordinatorin für den Verein, eine wichtige Hilfe, deren Finanzierung zu sichern sei. Unterstützung erfährt der Seniorenrat von Kerstin Riethmüller. Seit 2010 engagiert sich die Seniorenbeauftragte der Stadt für ihre betagte Zielgruppe und dient dabei dem Seniorenrat und -verein mit Fachauskünften oder bei der Betreuung von Projekten wie dem „Seniorenwegweiser für Halle 2013/2014“.

**Kontakt:** Seniorenrat der Stadt Halle e.V., Moritzwinger 6, 06108 Halle (Saale), Telefon 0345 29000 53, Telefax: 0345 29000 53  
Seniorenbeauftragte der Stadt Halle, Kerstin Riethmüller, Marktplatz 1, 06100 Halle, Telefon: 0345 221 49 70, Telefax: 0345 221 49 71, E-Mail: kerstin.riethmueller@halle.de

## Philosophenporträt aus der „Halleschen Medaillenschule“

Amtsblatt-Serie: Museale Sachzeugen im Blick, Teil 32  
Gedenkmedaille auf Christian Wolff von Carsten Theumer



Schon zu Lebzeiten erfuhr der Philosoph und Universitätsprofessor Christian Wolff (1679-1754) durch Medailleprägungen eine Würdigung. Schließlich hatte er an der halleschen Universität tätige Professor sich über Deutschland hinaus einen Namen verschafft und großen Anteil an der Durchsetzung eines neuen Denkens unter der Prämisse der Vernunft. Davon profitierte auch die Hochschule in der Saalestadt, die durch sehr vielfältige Einflüsse ihren wegweisenden Charakter als Bildungsstätte der Aufklärungsepoche ausprägte.

Um an den 250. Todestag von Christian Wolff zu erinnern, entstand im Jahre 2004 die schöne Idee, eine exklusive Gedenkmedaille zu stiften. Im Ergebnis des künstlerischen Ideenwettbewerbs, initiiert und begleitet durch die Stadt Halle (Kulturbüro, Christian-Wolff-Haus), die Martin-Luther-Universität und den Förderverein des Stadtmuseums, errang der Entwurf von Carsten Theumer den Zuschlag. Der Künstler studierte in Halle, wo mit der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle eine Ausbildungsstätte existiert, die seit Gustav Weidanz (1889-1970) ein besonderes Augenmerk auf die Kunstgattung Medaille richtete.

Die Christian Wolff gewidmete bronzenne Medaille von Carsten Theumer hat einen Durchmesser von

60 mm. Auf der Vorderseite des metallenen Erinnerungstüchens ist der Philosoph im Profil vor einer stilisierten Weltkugel dargestellt. Am Rand eines dazugehörigen rahmenden Quadrats befindet sich eine aufgehende Sonne als Attribut der Aufklärung. Die Rückseite greift diese Formsprache mit einem magischen Quadrat auf, welches auf den Mathematiker Wolff und seine ordnenden Prinzipien verpflichtete Art des Denkens anspielt. Im Quadrat enthalten sind von ihm geprägte philosophische Begriffe, von denen das Wort Bewusstsein, auf einem Papierflieger vermerkt, gerade aus einer Hand in die Welt abhebt.

Eine dem unterlegte Spirale formt großflächig einen programmatischen Ausspruch Wolffs: „Ohne Freiheit des Philosophierens / gibt es keinen Fortschritt der Wissenschaft (SINE LIBERTATE PHILOSOPHANDI / NULLUS EST SCIENTIAE PROGRESSUS).“

Das Amtsblatt und Stadtmuseum Halle stellen museale Sachzeugen mit Lokalkolorit in ihrem kulturellen Hintergrund vor. Die Medaille wird in der ständigen Ausstellung „Geselligkeit und die Freyheit zu philosophieren – Halle im Zeitalter der Aufklärung“ im Christian-Wolff-Haus gezeigt.

## Hallesches Stadtbad

Auf der letzten Stadtratsitzung übergab Stadtrat Werner Misch (CDU) dem Oberbürgermeister eine Unterschriftensammlung. Mehr als 6.000 Bürgerinnen und Bürger fordern die Sanierung und den Erhalt des halleschen Stadtbads. Die Unterschriftensammlung wird zur Zeit als Petition fachlich geprüft. Danach erhalten die Initiatoren eine Antwort der Stadtverwaltung. Siehe auch den Beitrag der Reihe Lexikon „Die Petition“ hier im Anschluss.

## Lexikon: Die Petition

Petitionen sind Eingaben, mit denen Einwohner Bitten in eigener Sache äußern können. Sie können sie auch für andere oder im allgemeinen Interesse einreichen. Bitten sind Forderungen und Vorschläge für ein Handeln oder Unterlassen von Behörden oder sonstigen Einrichtungen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen. Alle Bürgerinnen und Bürger können unabhängig von der Staatsangehörigkeit, dem Wohnsitz, den persönlichen Verhältnissen oder dem Alter Petitionen einreichen. Das trifft ebenso auf juristische Personen des Privatrechts, wie Bürgerinitiativen und Vereine, zu. Das Petitionsrecht ist in Artikel 17 des Grundgesetzes und in Artikel 19 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt verankert.

In der Stadt Halle (Saale) regelt § 14 der Hauptsatzung vom 15. 12. 2004 in der Fassung der Änderungssatzung vom 29. 06. 2011 unter der Überschrift „Vorschläge, Anregungen und Beschwerden“ das Petitionsrecht. Dort heißt es: „Jeder hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen (Bürgerinitiative) schriftlich mit Vorschlägen, Anregungen oder Beschwerden in Angelegenheiten der Stadt Halle (Saale) an die Oberbürgermeisterin/ den Oberbürgermeister zu wenden... Andere Beschwerdemöglichkeiten bleiben hiervon unberührt.“ Das Einreichen einer Petition kann formlos erfolgen. Die Petition muss den vollständigen Namen und die Anschrift sowie die Unterschrift des Petenten aufweisen. Das Anliegen ist so zu formulieren, dass es für einen Außenstehenden nachvollziehbar ist. Die Verwaltung bestätigt den Eingang der Petition schriftlich und unterzieht das Anliegen einer fachlichen Prüfung. Anschließend wird der Antragsteller über das Ergebnis schriftlich informiert. *Lexikon: Das Amtsblatt stellt in lockerer Folge politische Wirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger vor. Bisher erschienen: Der Einwohnerantrag, Amtsblatt 1/2013, S. 4, Das Bürgerbegehren, Amtsblatt 3/2013, S. 6*

## Rechte der EU-Bürger

Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats der EU besitzt, diese ersetzt nicht die nationale Staatsbürgerschaft, sondern ergänzt diese durch die Verleihung zusätzlicher Rechte: 1) Das Recht, sich innerhalb des Hoheitsgebiets der EU frei zu bewegen und aufzuhalten. 2) Aktives und passives Wahlrecht bei allen Kommunal- und Europawahlen am Wohnsitz im EU-Ausland. 3) Recht auf Schutz durch die diplomatischen und konsularischen Vertretungen eines beliebigen EU-Mitgliedstaats. 4) Recht auf die Einreichung von Petitionen an das Parlament, Beschwerden an den Bürgerbeauftragten und auf EU-Bürgerinitiativen. Mit Stand vom 31. Dezember 2012 hatten 2.108 wahlberechtigte Unionsbürger (ab 16 Jahren), die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, ein aktives Wahlrecht bei den Kommunalwahlen zum halleschen Stadtrat.

## Fraktion DIE LINKE

## Schauspiel der besonderen Art

Die Beratung des Haushaltes 2013 sorgte für Irritation. Der Haushaltsentwurf wurde im September fertiggestellt und nach dem Wechsel im Rathaus mit einigen Korrekturen im Dezember eingebracht. Damit einher ging die Ankündigung des Oberbürgermeisters, im September einen Nachtragshaushalt einzubringen. Den Haushalt dann gründlich zu überarbeiten und ihn neu zu strukturieren, wurde von unserer Fraktion begrüßt.

Seit 2012 erstellt Halle einen doppelten Haushalt, in dem Bilanz, Ergebnis- und Finanzplan ineinander greifen sollen. Leider steht die Erstellung der Eröffnungsbilanz noch aus, so dass wesentliche Teile der Ergebnisrechnung, wie Abschreibungen und die Bildung und Auflösung von Rückstellungen nicht planbar sind. Diese Mängel führen zu Unsicherheiten in Millionenhöhe.

Insoweit war der Vorschlag des Oberbürgermeisters, mit dem Nachtrag im September eine Generalrevision des Haushaltes vorzunehmen, überlegenswert, auf Kritik aber stießen die von ihm

vorgenommenen Korrekturen. Hier geht es um Einschnitte in Millionenhöhe vor allem im Sozialbereich und der Kinderbetreuung, die laut Oberbürgermeister geprüft werden sollten. Während der Ausschussberatungen im Januar war aber nicht zu erkennen, dass wirklich geprüft wird. Alternativvorschläge wurden nicht unterbreitet. Nachfragen wurden nicht beantwortet, so dass wir einschätzen, dass die Beratungen nicht zielführend waren.

Zweimal befasste sich der Finanzausschuss mit dem Haushalt, auch hier wurden Fragen nur unzureichend beantwortet und auf den „richtigen Haushalt“ im September verwiesen. Das und die Sorge, dass der Haushalt so durch die Kommunalaufsicht beanstandet werde, veranlasste uns, eine Unterbrechung der Beratungen anzufragen, um der Verwaltung die Gelegenheit zur Nacharbeit zu geben. Was folgte, war ein Schauspiel der besonderen Art, die Stadtverwaltung kam zu den abgesetzten Sitzungen und erweckte den Eindruck, die Probleme der vorangegangenen Sitzungen habe es nicht

gegeben. Erst in der Stadtratssitzung im Februar signalisierte die Verwaltung, dass nunmehr ordnungsgemäße Haushaltsberatungen durchgeführt werden können, so dass am 5. März die Beratungen wieder aufgenommen werden. Jetzt ist es die Aufgabe des Stadtrates, den Haushalt so zu überarbeiten, dass er nicht beanstandet wird und bis zum Beschluss des Nachtrages der Stadt eine ordnungsgemäße Haushaltsführung ermöglicht. Für die kommenden Haushalte erwartet unsere Fraktion, dass sie rechtzeitig und beratungsfähig eingebracht werden.

**Kontakt**  
DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat  
Fraktionsvorsitzender:  
Dr. Bodo Meerheim, V.i.S.d.P.  
Geschäftsstelle:  
Stadthaus, Marktplatz 2,  
Zimmer 342-345, Tel.: (0345) 221 3056,  
Telefax: (0345) 221 3060,  
E-Mail: die-linke-fraktion@halle.de  
Web: www.dielinke-halle.de  
Sprechzeiten:  
Mo, Di 10-17 Uhr  
Mi, Do: 10-15 Uhr, Fr: 10-14 Uhr

## SPD-Fraktion

## Verantwortung und Realismus

Wie in jedem Jahr gestalten sich die Haushaltsberatungen schwierig. Nach wie vor besteht aus unserer Sicht ein Defizit bei der finanziellen Ausstattung der Stadt. Aufgrund notwendiger, hoher Aufwendungen im Bereich der Pflichtaufgaben der Stadt bestehen bei den freiwilligen Ausgaben nur minimale Gestaltungsspielräume. Und natürlich werden die Beratungen wieder von der Frage begleitet, ob der Haushalt der Stadt Halle durch das Landesverwaltungsamt genehmigungsfähig sein wird.

Der von der Verwaltung vorgelegte Entwurf des Haushaltsplanes zeigte entgegen der zugesagten und erhofften Transparenz deutliche Lücken: viele für eine Gesamtbeurteilung unverzichtbare reale Haushaltszahlen waren nur in Fragmenten zu erkennen, erkennbare Pflichtausgaben für 2013 waren deutlich zu niedrig angesetzt und bestehende Risiken wurden nicht dargestellt. Die Verschiebung der Beratungen im Ausschuss für Finanzen, städtische Betreuungsverwaltung und Liegenschaften war die unvermeidliche Folge. Alle

im Stadtrat vertretenen Fraktionen waren sich darin einig, dass der Verwaltung Zeit gegeben werden soll, Zahlen zu aktualisieren sowie bereits aufgeworfene Fragen zu beantworten. Zudem muss man ernsthaft die Frage erörtern, ob eine „schwarze Null“ bei den schwierigen Bedingungen überhaupt möglich ist.

Seit Mitte des Jahres 2012 besteht zwischen der Stadt Halle und dem Landesverwaltungsamt eine Vereinbarung zur Haushaltskonsolidierung. Wie ein roter Faden zieht sich die Absicht beider Vertragspartner durch das gesamte Dokument, gemeinsam und einvernehmlich den städtischen Haushalt nachhaltig zu konsolidieren. Das Agieren der Stadtverwaltung in den letzten Wochen ließ wenig Interesse an einvernehmlichen Lösungen erkennen. Hier gilt es, das Verhältnis zur Kommunalaufsicht nicht weiter zu belasten. Stadtverwaltung und Stadtrat stehen in gemeinsamer Verantwortung, einen Haushaltsplan aufzustellen. Überzogene Forderungen an die öffentlichen Kassen nützen

uns dabei genauso wenig wie das Verfolgen nicht erreichbarer Ziele. Die SPD-Fraktion wird – und das hat sie in den letzten Jahren immer wieder bewiesen – die Stadtverwaltung nicht im Regen stehen lassen. Unsere Stadt braucht einen Haushaltsplan, der die Realitäten widerspiegelt und durch das Landesverwaltungsamt nicht beanstandet werden wird. Das ist die erste und unverzichtbare Voraussetzung für die Erarbeitung einer langfristigen Konsolidierungsperspektive bei gleichzeitiger Beendigung der strukturellen Unterfinanzierung.

**Kontakt**  
SPD-Stadtratsfraktion  
Fraktionsvorsitzender:  
Johannes Krause  
Geschäftsstelle: Stadthaus, Marktplatz 2, Zimmer 316, 06108 Halle (Saale),  
Telefon: (0345) 221 30 52,  
Telefax: (0345) 221 30 61  
E-Mail: spd.fraktion@halle.de  
Web: www.spd-fraktion-halle.de  
Sprechzeiten: Mo bis Do: 09-12 Uhr, 13-16 Uhr, Fr: 09-12 Uhr, sowie nach tel. Vereinbarung

## Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## Zu wenig Fläche für zu viele Autos

Zugeparkte Gehwege, Kreuzungen und Einfahrten, täglicher Parksuchverkehr der Anwohner, Falschparker behindern Rettungsdienst und Feuerwehr. Auch in Halle übersteigt in einigen historisch gewachsenen und dicht bebauten Stadtgebieten der Bedarf an Pkw-Stellplätzen den vorhandenen öffentlichen Raum. Parkende Autos dominieren insbesondere in den Gründerzeitvierteln das Erscheinungsbild der Straßen. Fußgänger, Radfahrer und mobilitätseingeschränkte Personen müssen sich mit den Restflächen im Straßenraum begnügen, an Freiflächen nach Spielen für Kinder außerhalb von Spielplätzen ist ohnehin nicht zu denken.

Meist verlangen Autonutzer in diesem Zusammenhang schlicht, dass ein ausreichendes möglichst kostenfreies Parkplatzangebot von der Stadt geschaffen wird und verkennen, dass der Besitz eines PKW und das Vorhalten von Stellplätzen vorrangig eine private Angelegenheit sind. Aktuelle Initiativen von Fraktionen im Stadtrat wie die der FDP zur Freigabe von Gehwegen für das Parken von PKW

in der südlichen Innenstadt oder der SPD, die zusätzliche Parkplätze für das Paulusviertel durch verkehrsorganisatorische Maßnahmen einfordert, gehen da leider in eine ähnliche Richtung.

Unsere Fraktion ist der Auffassung, dass diese Vorschläge nicht geeignet sind, die bestehenden Probleme zu lösen, da in der Folge hohe Reparaturaufwendungen für kaputte Gehwege und Schäden an Straßenbäumen fällig werden. Außerdem entstehen neue Probleme im fließenden Verkehr dadurch, dass infolge der Zulassung von beidseitigem Parken in engen Straßen Begegnungen von Fahrzeugen nicht mehr möglich sind und schwache Verkehrsteilnehmer zusätzlich gefährdet werden.

Wer in Halle in ein Gründerzeitviertel gezogen ist, wusste um die begrenzt verfügbaren Parkplätze dort. Dennoch haben diese Stadtviertel einen hohen Zugang zu verzeichnen, weil sie über eine hohe Wohnqualität verfügen. Und eben diese Qualität würde durch zugeparkte Gehwege und noch mehr Autos sinken. Gefragt sind stattdessen innovative Konzepte zur

Förderung des Fuß- und Radverkehrs, zur Unterstützung von Car-Sharing und Anreize zur Nutzung des ÖPNV durch ein attraktives Angebot. Konkret fehlen beispielsweise sichere Radverkehrsstadteilverbindungen und Fahrradabstellanlagen, auch ein dichtes Netz von Car-Sharing Stellplätzen könnte helfen, die Parkplatzsituation vor Ort zu entschärfen. Ausreichend PKW-Stellflächen in den Gründerzeitvierteln sind eine Illusion, da einfach der notwendige Platz fehlt. Hier sind kreativere Lösungen notwendig.

**Kontakt**  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Fraktionsvorsitzender:  
Dietmar Weihrich  
Geschäftsstelle:  
Stadthaus, Marktplatz 2, Zimmer 109,  
06108 Halle (Saale),  
Telefon: (0345) 221 3057,  
Telefax: (0345) 221 3068  
E-Mail: gruene-fraktion@halle.de  
Web: www.gruene-fraktion-halle.de  
Sprechzeiten:  
Mo, Di, Do: 10-17 Uhr  
Mi, Fr: 10-14 Uhr  
sowie nach tel. Vereinbarung

## Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

## Wie geht es weiter?

Unser Ziel ist es, den Weg für eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Oberbürgermeister wieder zu öffnen. Wir sind dazu bereit. Hierbei sollten alle Beteiligten die eigenen Befindlichkeiten, Enttäuschungen, Wut und das bestehende Unverständnis hinteran stellen und einen Weg suchen, wie man wieder aufeinander zugehen kann, ohne dass jemand das Gesicht verliert. Dieser Appell geht an alle Beteiligten – sowohl an Dr. Wiegand als auch an uns als Stadtrat, der gewählten Vertretung der Bürgerschaft unserer Stadt.

Der Oberbürgermeister hat in seinem Wahlprogramm betont, dass er „für mehr Demokratie, Transparenz und Ehrlichkeit“ sowie „für Freiheit, Eigenverantwortung und Fairness“ stehe. Er öffnet die Türen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Das ist gut so und stößt in der Bevölkerung auf Resonanz. Doch die gleiche Transparenz, Beteiligung und Eigenverantwortung erwarten auch Stadtrat und Stadtverwaltung. Nur in diesem Sinne kann ein erfolgreiches Miteinander zum Wohle der Stadt

gestaltet werden. Wir arbeiten alle für unsere Stadt, unabhängig von einzelnen Positionen. Wir nehmen Dr. Wiegand beim Wort und fordern ihn zu mehr Kommunikation und Vertrauen im Rathaus und Stadtrat auf. Die in der letzten Sitzung des Stadtrates vorgenommene Lageeinschätzung des Oberbürgermeisters enthielt leider kaum entsprechende Impulse, die auf eine grundlegende Änderung des angespannten Verhältnisses deuten. Ein Aufeinanderzugehen sollte vom Willen – konstruktiv zu reagieren und zu handeln – aller Beteiligten getragen sein.

In dem Bemühen um mehr Bürgernähe und Sachlichkeit will unsere Fraktion auch einen Beitrag leisten. Unter dem Motto "Bürger reden mit Bürgern" lädt künftig die Stadtratsfraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Bürgersprechstunde ein. Unsere Stadträte nehmen sich in der Regel an jedem ersten Montag im Monat ab 18.30 Uhr Zeit für Bürgeranliegen. Die Bürgersprechstunde findet in den Fraktionsräumen im Stadthaus, Marktplatz 2, Zimmer

**Kontakt**  
Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM  
Fraktionsvorsitzender: Tom Wolter  
V.i.S.d.P.: Dietrich Strech  
Geschäftsstelle: Stadthaus,  
Marktplatz 2, Zimmer 337,  
06108 Halle (Saale),  
Telefon: (0345) 221 3071,  
Telefax: (0345) 221 3073,  
E-Mail: fraktion.mitbuergerfuerehalle.neuesforum@halle.de  
Web: www.fraktion-mitbuergerfuerehalle-neuesforum.de  
Sprechzeiten: Mo – Do: 10 – 17 Uhr

## CDU-Fraktion

## Warum wir (leider) einen Sparberater brauchen

Jetzt kann es weitergehen mit dem Haushalt – es gibt nun doch neue Zahlen.

Anfangs weigerte sich der OB, anzuerkennen, dass seine willkürlichen Kürzungen unrealistisch waren, und er bestand darauf, dass seine Zahlen im Finanzausschuss diskutiert werden. Das ging sogar so weit, dass er Verwaltungsmitarbeiter zu Sitzungen schickte, die eindeutig abgesagt waren. Jetzt hat er sich besonnen, und das ist anerkennenswert. Er hat alle strittigen Ansätze noch einmal prüfen lassen, und die daraus resultierenden Zahlen sind jetzt endlich plausibel.

Und was wir alle natürlich schon vorher ahnten, ist damit sehr deutlich geworden: Den Haushalt aus eigener Kraft dauerhaft in Ordnung zu bringen, wird sehr, sehr schwierig werden. Die sogenannte Haushaltskonsolidierung beschäftigt uns ja schon etliche Jahre. Und es wurden auch schon Verbesserungen in Millionenhöhe erreicht. Aber die Verwaltung weiß offenbar nicht weiter. Mit dem Haushalt im Dezember legte sie zuerst einmal gar kein neues

Konsolidierungskonzept vor. Als wir Druck machten, kam es dann, im Februar. Aber dieses Konsolidierungskonzept verdient den Namen kaum, denn die dort gemachten Kürzungen reichen bei weitem nicht aus, um auch nur die schon konkret absehbaren Defizite auszugleichen.

Der neue OB hat seinen Sparwillen mehrfach deutlich erklärt. Dass er eigene realistische Sparvorschläge bisher kaum gemacht, ist wohl noch verzeihlich; er ist erst kurz im Amt. Aber in einem wichtigen Punkt praktiziert er sogar das Gegenteil: bei den Personalkosten. Auch sein Stellenplanentwurf für 2013 sieht deutliche Aufwüchse vor. Das wird noch zu diskutieren sein. Es ist eines der Hauptprobleme bei der Haushaltskonsolidierung, von Anfang an: bei sich selbst spart die Verwaltung nur marginal. Und weil das so ist, weil also aus der Verwaltung selbst kaum mit entsprechenden Vorschlägen zu rechnen ist, und weil wir das aus dem Stadtrat heraus auch nicht leisten können, allein schon deshalb brauchen wir einen Sparberater.

Wir haben den Vorschlag des OB, die hallese Fa. Rauschenbach und Kollegen zu beauftragen, mitgetragen, und wir stehen dazu. Die Präsentation des neuen Haushaltsansatzes im Finanzausschuss am 5. März war, aus unserer Sicht, ein Beleg dafür, dass diese Entscheidung richtig ist.

Es ist sehr bedauerlich, dass die Kommunalaufsicht das anders gesehen hat. Wir hoffen sehr, dass sich hier noch ein Kompromiss striken lässt; OB und Kommunalaufsicht sollten unbedingt noch einmal miteinander reden. Die Zeit für ein weiteres Ausschreibungsverfahren haben wir leider nicht.

**Kontakt**  
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
Fraktionsvorsitzender:  
Bernhard Bönisch V.i.S.d.P.  
Geschäftsstelle:  
Technisches Rathaus, Hansering 15,  
06108 Halle (Saale)  
Telefon: (0345) 221 3054,  
Telefax: (0345) 221 3064  
E-Mail: cdu.fraktion@halle.de  
Web: www.cdu-fraktion-halle.de

## FDP-Fraktion

## Freiheit, die ich meine...

In Deutschland gibt es das hohe Gut der Pressefreiheit. Sie ist in Artikel 5 des Grundgesetzes garantiert und darf nur in ganz engen Grenzen eingeschränkt werden. Sie soll die freie Berichterstattung einer von staatlichen Einflüssen unabhängigen Presse garantieren. Bereits vor 1989 hatten wir in Papierform eine zensierte „Freiheit“. Seit 1989 haben wir auch in Halle (Saale) echte Freiheit, wo es vorher Zensur gab. Doch der Umgang damit will gelernt sein. Artikel 5 Absatz 2 des Grundgesetzes sagt zur Pressefreiheit eben auch: „Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.“

Was ist das Recht der persönlichen Ehre bzw. Würde? Wie weit geht dieses Recht? Dafür mag es verschiedene zulässige Definitionen geben. Aus unserer Sicht ist die Behandlung familiärer Angelegenheiten städtischer Angestellter in der lokalen Presse ein Eingriff in das Recht der persönlichen Würde. Personen werden an den Pranger gestellt, ihr Privatleben in die Öffentlichkeit gezerrt. Zu welchem Zweck? Welchen

Nutzen hat der Leser von dieser Information? Verbessert sich dadurch die Arbeitsleistung des städtischen Angestellten? Ist es Bestandteil des Arbeitsvertrages eines städtischen Mitarbeiters, zum gläsernen Menschen zu werden? Ist es ihre Aufgabe, in der Stadt für Unterhaltung zu sorgen, vorzugsweise für Leute, die ihr eigenes Leben für zu fad empfinden und deshalb über andere tratschen müssen?

Welches Verständnis hat die hallese Lokalpresse von sich selbst? Sollen die Leser informiert werden oder ist aufmerksamkeitsfördernde Unterhaltung wichtiger? Im Zweifel auch zu Lasten Dritter. So wird der Leser erzwungenermaßen zum Voyeur. Die Freunde seichter Unterhaltung werden bedient. Das Mitteilungsbedürfnis der Redakteure wird befriedigt.

Irritiert mussten wir feststellen, dass städtische Angestellte, nachdem ihr Privatleben bereits durch die Presse geschleift wurde, beim Dienstherrn zum Rapport antreten durften, um Rechenschaft darüber abzulegen. Offenbar war die Neugier durch die Zeitungslektüre noch nicht ausrei-

chend gestillt. Der Hauptausschuss lehnte es zu Recht ab, über Details des Privatlebens von städtischen Angestellten informiert zu werden.

Die FDP-Stadtratsfraktion distanziert sich entschieden von diesen unangemessenen Eingriffen in die Privatsphäre, von diesen unzulässigen Angriffen auf das Recht der persönlichen Würde unter dem Deckmantel der Pressefreiheit. Wir fordern alle Stadträte auf, dieser aktuellen Entwicklung durch klare Worte entgegenzutreten und die Verwaltungsspitze, ihr Handeln zu überdenken und neu auszurichten.

**Kontakt**  
FDP-Stadtratsfraktion  
Fraktionsvorsitzender:  
Gerry Kley, V.i.S.d.P.  
Geschäftsstelle:  
Stadthaus, Marktplatz 2,  
Zimmer 142  
06108 Halle (Saale),  
Telefon: (0345) 221 3069,  
Telefax: (0345) 221 3070  
E-Mail: fdp.fraktion@halle.de  
Web: www.fdp-fraktion-halle.de

# Beschlussübersicht der 41. Sitzung des Stadtrates am 27. Februar 2013

## Öffentliche Beschlüsse

**zu 6.1** Bestellung eines Mitglieds in den Stiftungsrat der Paul-Riebeck-Stiftung, Vorlage: V/2013/11408, **Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt, **Beschluss:** Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bestellt gemäß § 8 Abs. 1 der Stiftungssatzung Herrn Gernot Töpfer in den Stiftungsrat der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale.

**zu 6.2** Verleihung des Ehrentitels Kammervirtuose, Vorlage: V/2012/11218, **Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt, **Beschluss:** Der Stadtrat beschließt, Herrn Arkadi Marasch den Ehrentitel Kammervirtuose zu verleihen.

**zu 6.3** Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept, Vorlage: V/2012/10948, **Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt, **Beschluss:** 1. Der Stadtrat nimmt das Integrierte Kommunale Klimaschutzkonzept der Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis. 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen aus dem Maßnahmenprogramm zu entwickelnden Umsetzungsplan zu erarbeiten, aus dem ersichtlich wird, was, wie und bis wann mit welchen Kosten priorisiert umgesetzt werden soll. Dieses Konzept ist vorab dem Ausschuss für Ordnungs- und Umweltangelegenheiten zur Beschlussfassung vorzulegen. 3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Umsetzung der Maßnahmen Fördergelder von Land, Bund und der EU sowie durch die Zusammenarbeit mit anderen Kooperationspartnern eine externe Finanzierung erfolgen kann. 4. Dem Stadtrat ist zweijährlich in einer Informationsvorlage über umzusetzende bzw. umgesetzte Klimaschutzmaßnahmen und den Grad der Zielerfüllung zu berichten. Nach fünf Jahren ist das Konzept fortzuschreiben.

**zu 6.4** Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 156 "Zentrum Büschdorf" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung, Vorlage: V/2012/11226, **Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt, **Beschluss:** 1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 156 "Zentrum Büschdorf" in der Fassung vom 23.11.2012 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung. 2. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 156 „Zentrum Büschdorf“ in der Fassung vom 23.11.2012 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

**zu 6.5** Bebauungsplan Nr. 105 "Gartenstadt Nietleben", 1. Änderung Beschluss zur öffentlichen Auslegung, Vorlage: V/2012/11046, **Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt, **Beschluss:** 1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 105 „Gartenstadt Nietleben“, 1. Änderung in der Fassung vom 08.01.2013 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung. 2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 105 „Gartenstadt Nietleben“, 1. Änderung in der Fassung vom 08.01.2013 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

**zu 6.6** Jahresabschluss 2011 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH, Vorlage: V/2013/11410, Dem Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO-LSA unterlag Herr Uwe Heft. **Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt, **Einzelabstimmung:** B.-Punkt 1 bis 2: mehrheitlich zugestimmt, B.-Punkt 3: mehrheitlich zugestimmt, **Beschluss:** Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH am 29.08.2012 zu folgendem Beschluss: 1. Der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2011 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH wird in der von der Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und am 16.05.2012 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt. Das Jahresergebnis beträgt 0,00 EUR. Die Bilanzsumme beträgt 1.358.871,18 EUR. 2. Der Geschäftsführung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH wird für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt. 3. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH wird für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt.

**zu 6.8** Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003 - hier: § 5 Betriebsferien, Vorlage: V/2012/11305, **Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt, **Beschluss:** Der

Stadtrat stimmt der Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003 im § 5 Betriebsferien zu.

**zu 6.9** Niederlegung eines Mandats, Vorlage: V/2013/11475, **Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt, **Beschluss:** Der Stadtrat stellt fest, dass Frau Dr. Gesine Haerting, Robert-Blum-Straße 8, 06114 Halle (Saale), gemäß § 41 Abs. 1 GO LSA ihr Mandat mit Wirkung vom 06.02.2013 niederlegt hat.

**zu 7.2** Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss, Vorlage: V/2013/11380, **Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt, **Beschluss:** Der Stadtrat beschließt: § 6 (2) der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) erhält folgende Form: 1. Der Hauptausschuss entscheidet abschließend im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister über die Ernennung, Absetzung, Einstellung und Entlassung der Fachbereichsleiter, der Beauftragten, der Leiter der Regie- und Eigenbetriebe und aller weiteren Beamten und Mitarbeiter ab Entgeltgruppe E 11 bzw. Besoldungsgruppe A 11 sowie über die Festsetzung von Vergütungen, auf die kein Anspruch aufgrund eines Tarifvertrages besteht. Im Übrigen entscheidet im Rahmen eines vom Stadtrat für das jeweilige Haushaltsjahr beschlossenen Stellenplans in Personalangelegenheiten der Oberbürgermeister, soweit diese nicht ausschließlich dem Stadtrat vorbehalten ist. Bis zur Beschlussfassung eines Stellenplans für das laufende Haushaltsjahr durch den Stadtrat werden demnach alle Personalangelegenheiten im Sinne des § 44 Abs. 4 Nr. 1 GO LSA abschließend durch den Hauptausschuss im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister entschieden. 2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, über alle Personalmaßnahmen, welche er entsprechend Beschlusspunkt 1 in eigener Verantwortung vornimmt, den Hauptausschuss monatlich in schriftlicher Form zu informieren.

**zu 7.6** Antrag der Stadträtin Dr. Petra Sitte (Fraktion DIE LINKE.) zu aufgearbeiteten Daten für eine partizipative Lokalpolitik, Vorlage: V/2012/11069, **Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt, **Beschluss:** Die Stadtverwaltung wird beauftragt: 1. Ein Konzept zu entwickeln, wie Daten aus Sessionnet und anderen öffentlichen Quellen transparent für Bürgerinnen und Bürger dargestellt werden können. 2. Dafür sollen schon veröffentlichte, in Vorbereitung befindliche Ratsvorlagen, Bebauungspläne und ähnliches mit Schlagworten versehen, georeferenziert und in einer Karte anschaulich nach Stadtteilen und Straßen sortiert werden. 3. Die Aufarbeitung ist auf der Homepage der Stadt anschaulich zu zugänglich zu machen.

**zu 7.7** Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Salzfest und zu den Händels Open zu Veranstaltungen auf dem Marktplatz und Hallmarkt, Vorlage: V/2012/10586, **Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt, **Beschluss:** Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bestehende Verträge zu Veranstaltungen auf dem Marktplatz und dem Hallmarkt, die den folgenden Kriterien nicht entsprechen, anzupassen. Gemäß nachfolgendem Schema wird über Anträge auf Gebührenerlass entschieden: Die Satzungen der Stadt Halle (Saale) geben die Möglichkeit, von einer Gebühr abzusehen bzw. diese zu reduzieren, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt. **Begriffsbestimmungen:** Ein öffentliches Interesse/überwiegendes öffentliches Interesse liegt vor, wenn das Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) größer ist als das private Interesse. Es handelt sich demnach um Veranstaltungen, die dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) dienen. Dies können Veranstaltungen sein, die unmittelbar mit der Stadt Halle (Saale) verknüpft sind und überregionale Bedeutung haben. In jedem Fall bedarf es einer Einzelfallentscheidung, die aktenkundig zu machen ist. Gewinnerzielungsabsicht bedeutet, dass bei der ausgeübten Tätigkeit oder dem Vorhaben, die Absicht besteht, einen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben zu erzielen. **Wichtung der Kriterien zur öffentlichen Interessenabwägung:** 1. Keine Gewinnerzielungsabsicht (bei Vorlage der entsprechenden Nachweise) bis zu 30 v. H.; 2. Touristische und gesellschaftliche Bezüge, überregionale Wahrnehmung (Image und Evaluierung durch fachliche Einschätzung SMG bzw. bei kulturellen Veranstaltungen durch Kulturbüro) bis zu 30 v. H.;

3. Wirtschaftliche und wissenschaftliche Bezüge direkt zu Halle bis zu 20 v. H.; 4. Ausstrahlung, Medienpräsenz, Unterstützung der stadtpolitischen Ziele (Evaluation über Pressespiegel o.ä.) bis zu 20 v. H.; Treffen alle 4 Kriterien zu, kann die Nutzungsgebühr zu 100% erlassen werden. Die Möglichkeit, bei Vorliegen eines öffentlichen Interesses an der Veranstaltung, von der Erhebung einer Gebühr ganz oder teilweise abzusehen, besteht nicht nur hinsichtlich der Nutzungsgebühr, sondern auch im Hinblick auf die Verwaltungsgebühr. Besteht zwar ein öffentliches Interesse an der Amtshandlung, lässt dieses aber das öffentliche Gebühreninteresse nicht vollständig zurücktreten, kommt lediglich eine Gebührenreduzierung bis maximal zur Mindestgebühr in Betracht. Da die Erteilung einer Genehmigung in jedem Fall Verwaltungsaufwand verursacht, sind entsprechend der Gebührengrundsätze des Verwaltungskostengesetzes (§ 3) Verwaltungsgebühren zu erheben, mindestens jedoch 30,00 Euro. Weiterberechnungskosten (z.B. Strom und Anschluss) können nicht erlassen werden. **Katalog für gebührenbefreite Institutionen** Von der Entrichtung der Nutzungsgebühr sind befreit: die Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften, karitative Verbände und gemeinnützige Organisationen, sofern die Sondernutzung unmittelbar der Durchführung einer parteilichen, gewerkschaftlichen, religiösen, karitativen oder gemeinnützigen Aufgabe dient und nicht ihre wirtschaftlichen Unternehmen betrifft.

**zu 7.10** Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Ausschilderung der Händelgarage, Vorlage: V/2012/11273, **Abstimmungsergebnis:** Einzelabstimmung: Satz 1: mehrheitlich zugestimmt (23 Ja, 16 Nein, 11 Enthaltungen), Satz 2: mehrheitlich abgelehnt, **Beschluss:** Die Stadt schildert die Zufahrt zur Händelgarage ordnungsgemäß und gut sichtbar aus. Weiterhin garantiert die Stadt, dass aus nördlicher Richtung die Garage im Händelhaus dauerhaft auf kurzem Weg angefahren werden kann.

**zu 7.11** Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umstrukturierung der Stadtmarketing GmbH, Vorlage: V/2012/11287, **Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt, **Beschluss:** Die Stadtverwaltung wird beauftragt eine Umstrukturierung der Stadtmarketing Halle GmbH unter Berücksichtigung rechtlicher und steuerliche Aspekte zu prüfen, mit dem Ziel einen angemessenen kommunalen Einfluss der Stadt Halle (Saale) auf die Steuerung der Gesellschaft zu gewährleisten. Dem Stadtrat sind in seiner Sitzung im April 2013 die Prüfergebnisse und ein entsprechender Vorschlag zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 7.12** Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Rückbenennung des Mühlwegviertels, Vorlage: V/2012/11275, **Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt, **Beschluss:** Die Stadt Halle (Saale) wird gebeten, in ihren Stadtplänen und offiziellen Dokumenten den als Mühlwegviertel bekannten Teil der nördlichen Innenstadt Halles zukünftig als „Mühlwegviertel“ zu bezeichnen.

**zu 7.13** Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer kommunalen Richtlinie für die Kindertagespflege, Vorlage: V/2012/11282, **Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt, **Beschluss:** Die Stadtverwaltung wird beauftragt einen Entwurf für „Richtlinien zur Kindertagespflege“ zu erarbeiten und dem Stadtrat spätestens im Juni 2013 zur Beschlussfassung vorzulegen. Im Zuge der Erarbeitung soll zudem geprüft werden, inwieweit die Voraussetzungen, die derzeit an die Inanspruchnahme eines Tagespflegeplatzes gestellt werden, aufgehoben werden können. Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat zusammen mit dem Entwurf der Richtlinie vorzulegen. Die Richtlinie soll u.a. berücksichtigen: a) Hinweise auf gesetzliche Rahmenbedingungen b) Anforderung an Tagespflegeperson und -stelle c) Vertretungsregelung d) Finanzierung e) Beitragsregelung für Eltern f) Konzept zur Qualitätsentwicklung und -überwachung

**zu 8.2** Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung der Prüfungsfeststellung/-empfehlung zur Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2011 - hier: Trainingsschwimmhalle Robert-Koch-Straße, Vorlage: V/2013/11444, **Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt, **Beschluss:** Der Stadtrat beschließt:

Die Verwaltung berichtet in der Sport- und Rechnungsprüfungsausschusssitzung März 2013 zur Umsetzung der Prüfungsfeststellung 5.4.4. Trainingsschwimmhalle Robert-Koch-Straße aus dem Beschluss des Stadtrates „Feststellung der Jahresrechnung 2011 und Entlastung der Oberbürgermeisterin“. (Vorlagen-Nr.: V/2012/10916)

**zu 8.5** Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschilderung in der Dölauer Heide, Vorlage: V/2013/11462, **Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt, **Beschluss:** Der Stadtrat möge beschließen: 1. Die Beschilderung zur Wegweisung durch die Dölauer Heide wird bis zum Beginn des Sommers erneuert. 2. Die Stadtverwaltung prüft, inwieweit diese Maßnahme durch geeignete Institutionen in der Stadt durchgeführt werden kann.

**zu 8.6** Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Parkplatzsituation im Paulusviertel, Vorlage: V/2013/11463, **Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt, **Beschluss:** Der Stadtrat möge beschließen: Die Stadtverwaltung wird aufgefordert zu prüfen, inwiefern es Verbesserungsmöglichkeiten für die angespannte Parkplatzsituation im Paulusviertel gibt. Hierbei sollte auf Basis der durch die Stadtverwaltung 2012 durchgeführten Bestandsaufnahme unter anderem geprüft werden, inwiefern eine Erhöhung der Zahl an Parkmöglichkeiten durch veränderte Verkehrsführungen und eine bessere Nutzung der vorhandenen Parkräume möglich ist. Dabei sollen auch vergleichbar gelagerte gelungene Problemlösungen aus anderen Städten betrachtet werden.

**zu 8.7** Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Umsetzung von Mitgliedern in den Ausschüssen, Vorlage: V/2013/11435, **Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt, **Beschluss:** 1. Der Stadtrat entsendet Herrn Gerry Klej als Mitglied in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten. 2. Der Stadtrat entsendet Herrn Andreas Hajek als Mitglied in den Rechnungsausschuss und den Betriebsausschuss Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement. 3. Der Stadtrat entsendet Frau Beate Fleischer als Mitglied in den Ausschuss für Ordnung und Umweltan-

gelegenheiten und den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

**zu 8.8** Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Parken auf überbreiten Bürgersteigen, Vorlage: V/2013/11436, **Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt (28 Ja, 21 Nein, 1 Enthaltung), **Beschluss:** Die Stadtverwaltung prüft das Parken auf überbreiten Bürgersteigen, z.B. durch Umschilderung.

**zu 8.9** Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Zweirichtungsverkehr in der Mansfelder Straße, Vorlage: V/2013/11437, **Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt, **Beschluss:** Die Stadtverwaltung prüft die Einrichtung des Zweirichtungsverkehrs in der Mansfelder Straße von der Klausbrücke bis zum Parkplatz zwischen der Mansfelder Straße 60 und der Mansfelder Straße 66.

**zu 8.11** Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Eröffnung der Grundschule Glaucha, Vorlage: V/2013/11459, **Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt, **Beschluss:** 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zeitnah ein Konzept zur Sanierung und Eröffnung der Grundschule Glaucha mit einer detaillierten Kosten- und Zeitplanung vorzulegen, damit die Grundschule Glaucha im Schuljahr 2014/2015 für die Beschulung zur Verfügung steht. 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gegenüber dem Landesschulamt deutlich zu machen, dass eine grundsätzliche Versagung der Einrichtung des Schulstandortes nach Beschlussfassung zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung im Dezember 2011 nicht möglich ist. 3. Parallel dazu sind Alternativen für eine Interimsschullösung zu prüfen; z.B. Künstlerhaus 188, ehemaliges Museum in der Lerchenfeldstraße.

Alle Beschlüsse sind im Bürgerinformationssystem der Stadt Halle (Saale) einsehbar. Auf der Website [www.halle.de](http://www.halle.de) finden Sie über „Rathaus+Stadtrat“, „Stadtrat+Fraktionen“, „Ratsinformationssystem Sessionnet“, „Sitzungskalender“, „Ausschuss“ bzw. „Stadtrat“ den vollständigen Beschlusstext. Die Texte liegen als pdf-Dokumente vor.

## Anzeige

Anzeige:

### Vorteile für Eltern und Auszubildende Die Steuererklärung für 2012 bietet Eltern, Auszubildenden und Studenten einige Steuererleichterungen

Wie man diese Vorteile ausschöpfen kann, erläutert der stellvertretende Vorsitzende der Lohnsteuerhilfe für Arbeitnehmer e. V., Lohnsteuerhilfeverein, Sitz Gladbeck und Leiter der Beratungsstelle Halle, Gerd Wilhelm. Und rät aber auch: „Im Zweifel lieber zum Fachmann gehen. Denn sonst könnte der Schuss nach hinten losgehen und anstatt Steuern zu sparen, werden Gelder verschenkt.“

#### Kinderbetreuungskosten

Für Kinder bis zum 14. Lebensjahr können Betreuungskosten abgerechnet werden. Zwei Drittel der tatsächlichen Ausgaben sind abzugsfähig, allerdings maximal 4000 €. Beachten müssen nicht verheiratete Eltern, dass nur derjenige die Kosten als Sonderausgaben geltend machen kann, auf dessen Namen der Vertrag mit der Betreuungseinrichtung abgeschlossen ist und von dessen Konto die Zahlung erfolgt.

#### Kindergeld und Kinderfreibetrag für Auszubildende und Studenten über 18 Jahre

Ab 2012 ist beim Kindergeld und Kinderfreibetrag über das 18. Lebensjahr hinaus unerheblich, wie viel das volljährige Kind verdient. Voraussetzung ist, dass das Kind eine erstmalige Berufsausbildung bzw. Erststudium absolviert. Ist der Jugendliche in einer Zweitausbildung, darf die Arbeitszeit 20 Wochenstunden nicht überschreiten.

#### Berufsanfänger

Für junge Arbeitnehmer, die noch nie eine Einkommensteuererklärung eingereicht haben und in 2012 ihre Ausbildung beendet haben und danach in einem Arbeitsverhältnis beschäftigt sind bzw. waren, lohnt sich die Abgabe einer Einkommensteuererklärung für 2012.

#### Vorzüge für Studenten in der zweiten Ausbildung

Wird nach Abschluss einer Berufsausbildung oder eines Studiums eine weitere Ausbildung – Studium aufgenommen, sollte man die Aufwendungen für die Zweitausbildung als vorgezogene Werbungskosten geltend machen.

#### Elterngeld

Das Elterngeld wird ab 2013 anders errechnet. Ab 2013 spielt bei der Berechnung die Steuerklasse, die in den letzten 12 Monaten am längsten zur Anwendung kam, eine zentrale Rolle. Dies betrifft Kinder, die nach dem 1.1.2013 geboren sind bzw. werden. Angehende Eltern sollten bei der Familienplanung jetzt rechtzeitig prüfen, ob es für sie von Vorteil ist, die Steuerklasse zu wechseln. Kommt ein Steuerklassenwechsel in Frage, muss dieser mindestens sieben Monate vor der Geburt des Kindes erfolgen.

#### Kontakt:

Lohnsteuerhilfe für Arbeitnehmer e. V., Lohnsteuerhilfeverein, Sitz Gladbeck  
Beratungsstelle Halle, Gerd Wilhelm  
Benkendorfer Str. 115, 06128 Halle • Tel.: 0345/4 82 08 91  
E-Mail: [g.wilhelm@lohnsteuerhilfe.net](mailto:g.wilhelm@lohnsteuerhilfe.net) • Internet: <http://www.lohnsteuerhilfe-halle.net/>

**Im Schnitt stehen jedem Bürger 823,00 € Steuerstattung pro Jahr zu!**  
(Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung 424)

Bei Vorlage dieser Anzeige wird die Aufnahmegebühr von 15 € erlassen.

Wir beraten Auszubildende, Arbeitnehmer, Rentner im Rahmen einer Mitgliedschaft.

Ihre örtliche Beratungsstelle:  
Gerd Wilhelm, Benkendorfer Str. 115  
Telefon: 0345 / 482 08 91  
E-Mail: [g.wilhelm@lohnsteuerhilfe.net](mailto:g.wilhelm@lohnsteuerhilfe.net)

Ihre örtliche Beratungsstelle:  
Jana Schech, Neustädter Passage 6,  
Telefon: 0345/8050139  
E-Mail: [jschech@lohnsteuerhilfe.net](mailto:jschech@lohnsteuerhilfe.net)

Ihre örtliche Beratungsstelle:  
Bernd Mergel, Willi-Brandt-Str. 44-2, vormals Ph.-Müller-Str.  
Telefon: 0345-503181  
E-Mail: [brmergel@lohnsteuerhilfe.net](mailto:brmergel@lohnsteuerhilfe.net)

**Lohnsteuerhilfe**  
für Arbeitnehmer e. V. | Lohnsteuerhilfeverbände  
"Von Mensch zu Mensch."  
Unsere TOP-Leistungen im Überblick:  
[www.lohnsteuerhilfe.net](http://www.lohnsteuerhilfe.net)

*Viel Geld, das oftmals nicht abgerufen wird!*

# Tagesordnung der 42. Sitzung des Stadtrates am 27. März 2013

Am Mittwoch, dem 27.03.2013, 14 Uhr, findet im Stadthaus, Festsaal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale), die 42. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtrates statt.

## Einwohnerfragestunde

Zugelassen sind vorrangig Fragen, die die Tagesordnung betreffen und Fragen von kommunalem Interesse. Die Einwohnerfragestunde findet außerhalb der Tagesordnung der Stadtratssitzung statt und beginnt 14:00 Uhr. Sie dauert längstens eine Stunde. Mit der Tagesordnung wird früher begonnen, falls der Zeitraum einer Stunde nicht ausgeschöpft wird. Die Einwohner werden gebeten, ihre Fragestellung unter Angabe des Namens und der Anschrift zu Beginn und während der Einwohnerfragestunde beim Vorsitzenden des Stadtrates einzureichen. Das Team Ratsangelegenheiten hält zu diesem Zweck Formulare bereit.

## Tagesordnung - öffentlicher Teil

### Einwohnerfragestunde

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 21.11.2012
- 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 12.12.2012
- 3.3 Genehmigung der Niederschrift vom 30.01.2013
- 3.4 Genehmigung der Niederschrift vom 27.02.2013
- 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Bericht des Oberbürgermeisters
- 6 Beschlussvorlagen
- 6.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011  
Vorlage: V/2012/11037
- 6.1.1 Änderungsantrag des Stadtrates René Trömel (Fraktion DIE LINKE.) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037)  
Vorlage: V/2013/11481
- 6.1.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037)  
Vorlage: V/2013/11487
- 6.2 Widerspruch gegen den Beschluss des Stadtrates vom 27. Februar 2013 zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss, Vorlage-Nr.: V/2013/11380  
Vorlage: V/2013/11539

- 6.3 Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den Beschluss des Stadtrates vom 27. Februar 2013 zum Parken auf überbreiten Bürgersteigen (Vorlage-Nr.: V/2013/11436)  
Vorlage: V/2013/11553
- 6.4 Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)  
Vorlage: V/2013/11394
- 6.5 Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zum Regionalbusverkehr (Kap. 7.3)  
Vorlage: V/2013/11400
- 6.6 Jahresabschluss 2011 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/11173
- 6.7 Aufhebung der Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung vom 27.06.2012  
Vorlage: V/2013/11495
- 6.8 Teilnahme von zwei Stadträten an der 37. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 23. bis 25. April 2013 in Frankfurt am Main  
Vorlage: V/2013/11518
- 7 Wiedervorlage
- 7.1 Antrag des Stadtrates Martin Baurersfeld (CDU) zur Optimierung des Kreuzungsverkehrs am Franckeplatz  
Vorlage: V/2013/11352
- 7.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung  
Vorlage: V/2012/11266
- 7.2.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung (V/2012/11266)  
Vorlage: V/2012/11302
- 7.3 Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 -  
Vorlage: V/2013/11353
- 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmatorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH)  
Vorlage: V/2012/11187
- 7.4.1 Änderungsantrag der Fraktion MITBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmatorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) (V/2012/11187)  
Vorlage: V/2012/11260
- 7.5 Antrag der Stadträte Dr. Uwe-Volkmar Köck und Olaf Sieber (Fraktion DIE LINKE.) zur Maßnahmenumsetzung des Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzeptes  
Vorlage: V/2013/11369
- 7.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung eines Gebäudes für den Eishockeyfanclub  
Vorlage: V/2012/11274

- 7.6.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung eines Gebäudes für den Eishockeyfanclub (Vorlage-Nr.: V/2012/11274)  
Vorlage: V/2013/11478
- 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft  
Vorlage: V/2012/11276
- 7.8 Antrag der Fraktion MITBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Sondernutzung in der Leipziger Straße  
Vorlage: V/2013/11366
- 7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen im Bereich Radverkehrsförderung  
Vorlage: V/2013/11374
- 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Prüfauftrag der CDU-Fraktion zur Turnhalle des Südsatdtgymnasiums  
Vorlage: V/2013/11523
- 8.2 Prüfauftrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Planetarium  
Vorlage: V/2013/11526
- 8.3 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle  
Vorlage: V/2013/11533
- 8.4 Antrag der Stadträte Lothar Dieringer (CDU-Fraktion) und Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Erstellung eines Ansiedlungskonzeptes  
Vorlage: V/2013/11536
- 8.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Ausbau des Saalekanals  
Vorlage: V/2012/11480
- 8.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Nutzungsperspektive des Gebäudes Albert-Schweitzer-Straße 40  
Vorlage: V/2013/11522
- 8.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Abbildung der Leistungsebene in der Haushaltsplanung  
Vorlage: V/2013/11502
- 8.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu integrativen Horten  
Vorlage: V/2013/11551
- 8.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder  
Vorlage: V/2013/11545
- 8.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur barrierefreien Verbindung von Steintor-Campus und Steintor-Platz  
Vorlage: V/2013/11546
- 8.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung des Rockstation-Kultur e.V.  
Vorlage: V/2013/11547
- 8.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Neubesetzung im Aufsichtsrat der EVH GmbH  
Vorlage: V/2013/11548
- 8.13 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Umsetzungen von Mitgliedern der Fraktion in Ausschüssen  
Vorlage: V/2013/11549
- 9 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage des Stadtrates Martin Baurersfeld (CDU), zur Wirtschaftlichkeit der Straßenbahntrasse entlang der Dölauer Heide  
Vorlage: V/2013/11455
- 9.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zum Lärmschutz in städtischen Turnhallen  
Vorlage: V/2013/11524
- 9.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Schulentwicklungsplanung Grundschulen nördliche Innenstadt von Halle (Saale)  
Vorlage: V/2013/11525
- 9.4 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Entwicklung der Einwohnerzahl  
Vorlage: V/2013/11534
- 9.5 Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zu einer Lärmschutzmaßnahme  
Vorlage: V/2013/11538
- 9.6 Anfrage der CDU-Fraktion zur Charakterisierung der Stelle des/des Museumsleiters/Museumsleiterin  
Vorlage: V/2013/11540
- 9.7 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) zum MDR-Musiksommer  
Vorlage: V/2013/11541
- 9.8 Anfrage der Stadträtin Birgit Leibrich (Fraktion DIE LINKE.) zur Umsetzung seniorenpolitischer Leitlinien  
Vorlage: V/2013/11527
- 9.9 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion

- on zu den eingerichteten Dienstleistungszentren  
Vorlage: V/2013/11520
- 9.10 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Inobhutnahmestelle in der Klosterstraße  
Vorlage: V/2013/11521
- 9.11 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum Beschluss des Stadtrates zur Entlastung bedürftiger Familien von den Kosten gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten sowie Grund- und Förderschulen (Vorlagen-Nr. V/2011/09772)  
Vorlage: V/2013/11528
- 9.12 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Stromverbrauch an halleischen Schulen und Horten  
Vorlage: V/2013/11552
- 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Stadtratsbeschluss zur Prüfung von Strukturveränderungen im Bereich der städtischen Sportverwaltung  
Vorlage: V/2012/10782
- 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verzicht auf ein Vorkaufsrecht  
Vorlage: V/2013/11460
- 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung und Vergabe von städtischen Sporteinrichtungen  
Vorlage: V/2013/11471
- 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur zunehmenden sozialräumlichen Segregation  
Vorlage: V/2013/11542
- 9.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zur Erstellung eines Gleichstellungsaktionsplanes  
Vorlage: V/2013/11543
- 9.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abschiebeprix in Halle  
Vorlage: V/2013/11544
- 9.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beratung und Beschlussfassung des "E-Government Masterplan 2013-2020"  
Vorlage: V/2013/11550
- 9.20 Anfrage des Stadtrates Tom Wolter (MITBÜRGER für Halle) zum Sanierungsvorhaben Einzeldenkmal „Rive-Haus“  
Vorlage: V/2013/11447
- 9.21 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Sicherheit für Kinder auf halleische Straßen  
Vorlage: V/2013/11531
- 9.22 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu den Rentieren des Stadtmarketings  
Vorlage: V/2013/11530
- 10 Mitteilungen
- 10.1 Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen in den beschließenden Ausschüssen  
Vorlage: V/2012/11017
- 11 mündliche Anfragen von Stadträten

- 12 Anregungen
- 12.1 Anregung der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung des "Beschlusses zur Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025" - Vorlage-Nr.: V/2012/10762  
Vorlage: V/2013/11355
- 13 Anträge auf Akteneinsicht

## Tagesordnung - nicht öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung der Niederschrift
- 2.1 Genehmigung der Niederschrift vom 21.11.2012
- 2.2 Genehmigung der Niederschrift vom 12.12.2012
- 2.3 Genehmigung der Niederschrift vom 30.01.2013
- 2.4 Genehmigung der Niederschrift vom 27.02.2013
- 3 Bericht des Oberbürgermeisters
- 4 Beschlussvorlagen
- 4.1 Anpassung des Beleuchtungsvertrages im § 18 - Preisgleitklausel für Beleuchtungsentgelt  
Vorlage: V/2013/11440
- 5 Wiedervorlage
- 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8 Mitteilungen
- 8.1 Bericht des Fachbereiches Rechnungsprüfung über die Prüfung der Betätigung der Stadt Halle(Saale) als Gesellschafterin des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle GmbH (MMZ) in den Jahren 2008 bis 2010  
Vorlage: V/2012/11310
- 9 mündliche Anfragen von Stadträten
- 10 Anregungen

**Harald Bartl**  
Vorsitzender des Stadtrates

**Dr. Bernd Wiegand**  
Oberbürgermeister

Alle Beschlüsse sind im Bürgerinformationssystem der Stadt Halle (Saale) einsehbar. Auf der Website [www.halle.de](http://www.halle.de) finden Sie über „Rathaus+Stadtrat“, „Stadtrat+Fraktionen“, „Ratsinformationssystem Sessionnet“, „Sitzungskalender“, „Ausschuss“ bzw. „Stadtrat“ den vollständigen Beschlusstext. Die Texte liegen als pdf-Dokumente vor.

Das nächste  
**AMTSBLATT**  
der Stadt Halle (Saale)  
erscheint am 27. März 2013.  
[www.halle.de](http://www.halle.de)

## Anzeige

**LOHNSTEUERHILFE BAYERN E.V.**

Lohnsteuerhilfverein  
[www.lohi.de](http://www.lohi.de)



Fachkompetenz  
seit über  
**20 Jahren**  
vor Ort in Halle

Beratungsstelle Halle  
zert. Beratungsstellenleiterin Cornelia Schwamberger

Wir beraten Sie gerne und erstellen  
Ihre Einkommensteuererklärung\*

Ludwig-Wucherer-Str. 57  
06108 Halle

Tel. (0345) 2 02 15 20 - Fax (0345) 2 02 15 21  
E-Mail: [LHB-0409@lohi.de](mailto:LHB-0409@lohi.de)

\* im Rahmen einer Mitgliedschaft bei ausschließlich Einkünften aus nicht-selbstständiger Arbeit, Renten und Pensionen nach § 4 Ziffer 11 S19BrtG.

SEELIG  
HERRENMODEN



- Herrenbekleidung
- Festmode
- Businessmode
- kompetente & fachliche Beratung
- Änderungs- & Bestellservice

Hansering 15 • 06108 Halle  
Tel.: 0345 / 67 87 175  
Internet: [www.seeligherrenmoden.de](http://www.seeligherrenmoden.de)  
Öffnungszeiten: Mo. – Fr. 10 – 19 Uhr, Sa. 10 – 14 Uhr

## Amtliche Bekanntmachung

### Widmung der Braunlager Straße

Die in der Gemarkung Kröllwitz, Flur 24 der Stadt Halle (Saale) gebaute Straße wird zur öffentlichen Straße gewidmet und als Gemeindestraße (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 StrG LSA) eingeteilt. Die Widmung wird am Tag nach der Bekanntgabe wirksam.

Die o. g. Straße ist zur Benutzung ohne Einschränkungen auf bestimmte Benutzungsarten oder Benutzerkreise zugelassen.

Die *Braunlager Straße* beginnt nordwestlich an der Einmündung der Gneisenaustraße, führt ca. 127 m Richtung Süden, danach Richtung Osten und mündet dort wieder in die Gneisenaustraße. Sie umfasst Teilflächen der Flurstücke 1/28, 1/210 und 1444. Ihre Gesamtlänge beträgt ca. 329 m. Träger der Straßenbaulast ist gemäß § 42 Abs. 1 StrG LSA die Stadt Halle (Saale). Ein Lageplan hängt ab Veröffentlichung während der Dienstzeiten bei der Stadt Halle (Saale), Fachbereich Bauen, Am Stadion 5, 06122 Halle (Saale), 6. Etage, für 14 Tage zur Einsicht aus.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**  
Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntga-

be Klage beim Verwaltungsgericht Halle, Thüringer Straße 16, 06112 Halle (Saale) erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich oder in elektronischer Form nach Maßgabe der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes Sachsen-Anhalt (ERVVO LSA) oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erheben.

Halle, den 20. Februar 2013

  
Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister

### Bekanntmachungsanordnung

Die vom Stadtrat der Stadt Halle (Saale) am 30.01.2013 beschlossene Widmung der Braunlager Straße wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Halle (Saale), den 20. Februar 2013

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister



# Ausschusssitzungen der Stadt Halle (Saale)

+++ Alle veröffentlichten Tagesordnungen sind vorläufig. +++

## Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

Am Donnerstag, dem 14.03.2013, um 16.30 Uhr, findet im Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale), eine öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses statt.

### Tagesordnung – öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
  2. Feststellung der Tagesordnung
  3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.2.2013
  4. Beschlussvorlagen
  5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung  
Vorlage: V/2013/11368
  6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
  7. Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle
  8. Bericht Bildung und Teilhabe sowie "Schülerfolg sichern"
  9. Bericht zur Schulsozialarbeit
  10. Vorstellung des neuen Ausländerbeiratsvorsitzenden
  11. Vorstellung des Konzeptes der Begegnungsstätte Ausländer und Deutsche bei der Jugendwerkstatt "Frohe Zukunft"
  12. Mitteilungen
  - 12.1. Verwaltungsbericht des Geschäftsbereiches IV für das Jahr 2011  
Vorlage: V/2013/11357
  13. Beantwortung von mündlichen Anfragen
  14. Anregungent
- ### Tagesordnung – nicht öffentlicher Teil
1. Feststellung der Tagesordnung
  2. Genehmigung der Niederschrift vom 14.2.2013
  3. Beschlussvorlagen
  4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  5. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
  6. Mitteilungen
  7. Beantwortung von mündlichen Anfragen
  8. Anregungen

**Ute Haupt**  
Ausschussvorsitzende

**Tobias Kogge**  
Beigeordneter für Bildung und Soziales

**Susanne Wildner**  
Gleichstellungsbeauftragte

## Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Am Donnerstag, dem 14.03.2013, 17 Uhr, findet im Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale), eine öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten statt.

### Tagesordnung – öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
  2. Feststellung der Tagesordnung
  3. Genehmigung Niederschriften
  - 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 14.02.2013
  - 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 19.02.2013-wird nachgereicht
  4. Beschlussvorlagen
  5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Sondernutzung in der Leipziger Straße  
Vorlage: V/2013/11366
  6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
  7. Mitteilungen
  - 7.1. „Darstellung der Ergebnisse aus der II. Stufe der gesetzlichen Lärmkartierung“
  - 7.2. Baumfällliste
  8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
  9. Anregungen
- ### Tagesordnung – nicht öffentlicher Teil
1. Feststellung der Tagesordnung
  2. Genehmigung der Niederschrift vom 14.02.2013
  3. Beschlussvorlagen
  4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  5. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
  6. Beantwortung von mündlichen Anfragen
  7. Anregungen

**Elisabeth Krausbeck**  
Ausschussvorsitzende

## Uwe Stäglin Beigeordneter

### Sondersitzungen des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Am Donnerstag, dem 14.03.2013, und ggf. Dienstag, dem 26.03.2013, werden jeweils um 16.30 Uhr, im Stadthaus, 1. Etage, Raum 116, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale), die öffentlichen/nicht öffentlichen Sondersitzungen des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zu den Haushaltsplanberatungen fortgeführt.

### Tagesordnung – öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
  2. Feststellung der Tagesordnung
  3. Beschlussvorlagen
  - 3.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Teilungsbericht über das Jahr 2011  
Vorlage: V/2012/11037
  - 14.3.2013:** Beratung der Änderungen aus den Ausschüssen und der Verwaltung
  - 26.3.2013:** Reservetermin für Abschlussberatung
  4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  5. schriftliche Anfragen von Stadträten
  6. Mitteilungen
  7. mündliche Anfragen
  8. Anregungen
- ### Tagesordnung – nicht öffentlicher Teil
1. Feststellung der Tagesordnung
  2. Beschlussvorlagen
  3. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  4. schriftliche Anfragen von Stadträten
  5. Mitteilungen
  6. mündliche Anfragen
  7. Anregungen

**Dr. Bodo Meerheim**  
Ausschussvorsitzender

**Egbert Geier**  
Bürgermeister

### Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Am Dienstag, dem 19.03.2013, 16.30 Uhr, findet im Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale), eine öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften statt.

### Tagesordnung – öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen am 12. und 19.02.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)  
Vorlage: V/2013/11394
- 5.2. Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zum Regionalbusverkehr (Kap. 7.3)  
Vorlage: V/2013/11400
- 5.3. Jahresabschluss 2011 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale), Vorlage: V/2012/11173
- 5.4. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Teilungsbericht über das Jahr 2011  
Schlussberatung inklusive Anträge der Fraktionen, Vorlage: V/2012/11037
6. Informationsvorlagen
- 6.1. Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd - mündlicher Sachstand und Ausblick
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmatorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH)  
Vorlage: V/2012/11187
- 7.1.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmatorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) (V/2012/11187)

- Vorlage: V/2012/11260
- 7.2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung  
Vorlage: V/2012/11266
  - 7.2.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung (V/2012/11266)  
Vorlage: V/2012/11302
  - 7.3. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft, Vorlage: V/2012/11276
  - 7.4. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung  
Vorlage: V/2013/11368
  - 7.5. Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 -  
Vorlage: V/2013/11353
  8. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
  9. Mitteilungen
  10. mündliche Anfragen
  11. Anregungen
- ### Tagesordnung – nicht öffentlicher Teil
1. Feststellung der Tagesordnung
  2. Genehmigung der Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung am 19.02.2013
  3. Beschlussvorlagen
  - 3.1. Pachtvertrag zur Betreibung und Bewirtschaftung der Georg-Friedrich-Händel-Halle ab 2014  
Vorlage: V/2013/11434
  4. Informationsvorlagen
  - 4.1. Bericht des Fachbereiches Rechnungsprüfung über die Prüfung der Betätigung der Stadt Halle(Saale) als Gesellschafterin des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle GmbH (MMZ) in den Jahren 2008 bis 2010  
Vorlage: V/2012/11310
  - 4.2. Wirtschaftsplan Haushaltsjahr 2013 – Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd  
Vorlage: V/2012/11331
  - 4.3. Informationsvorlage zur Umsetzung des Beschlusses V/2011/10049 vom 23.11.2011 zur Übertragung der Erschließungsanlagen im Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A14  
Vorlage: V/2013/11501
  5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
  7. Mitteilungen
  8. mündliche Anfragen - MMZ
  9. Anregungen

**Dr. Bodo Meerheim**  
Ausschussvorsitzender

**Egbert Geier**  
Bürgermeister

### Hauptausschuss

Am Mittwoch, dem 20.03.2013, 16 Uhr, findet im Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale), eine öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses statt.

### Tagesordnung – öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 14.11.2012
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 05.12.2012
- 3.3. Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 19.01.2013
- 3.4. Genehmigung der Niederschrift vom 23.01.2013
- 3.5. Genehmigung der Niederschrift vom 20.02.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 20.02.2013
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Jahresabschluss 2011 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/11173
- 5.2. Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)  
Vorlage: V/2013/11394
- 5.3. Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zum Regionalbusverkehr (Kap. 7.3)  
Vorlage: V/2013/11400
- 5.4. Aufhebung der Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung vom 27.06.2012  
Vorlage: V/2013/11495

- 5.5. Teilnahme von zwei Stadträten an der 37. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 23. bis 25. April 2013 in Frankfurt am Main  
Vorlage: V/2013/11518
  6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 6.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung  
Vorlage: V/2012/11266
  - 6.1.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung (V/2012/11266)  
Vorlage: V/2012/11302
  - 6.2. Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 -  
Vorlage: V/2013/11353
  - 6.3. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft, Vorlage: V/2012/11276
  - 6.4. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung eines Gebäudes für den Eishockeyfanclub  
Vorlage: V/2012/11274
  - 6.4.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung eines Gebäudes für den Eishockeyfanclub (Vorlage-Nr.: V/2012/11274)  
Vorlage: V/2013/11478
  - 6.5. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung  
Vorlage: V/2013/11368
  7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
  8. Mitteilungen
  9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
  10. Anregungen
- ### Tagesordnung – nicht öffentlicher Teil
1. Feststellung der Tagesordnung
  2. Genehmigung der Niederschrift
  - 2.1. Genehmigung der Niederschrift vom 14.11.2012
  - 2.2. Genehmigung der Niederschrift vom 05.12.2013
  - 2.3. Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 19.01.2013
  - 2.4. Genehmigung der Niederschrift vom 23.01.2013
  - 2.5. Genehmigung der Niederschrift vom 20.02.2013
  3. Beschlussvorlagen
  - 3.1. Pachtvertrag zur Betreibung und Bewirtschaftung der Georg-Friedrich-Händel-Halle ab 2014  
Vorlage: V/2013/11434
  - 3.2. Ernennung Fachbereichsleiter Sicherheit, Vorlage: V/2013/11490
  - 3.3. Ernennung Fachbereichsleiterin Finanzen, Vorlage: V/2013/11513
  - 3.4. Ernennung Fachbereichsleiter Sport  
Vorlage: V/2013/11500
  - 3.5. Ernennung Fachbereichsleiter Kultur  
Vorlage: V/2013/11491
  - 3.6. Ernennung Fachbereichsleiterin Wissenschaft, Vorlage: V/2013/11498
  4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  5. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
  6. Mitteilungen
  7. Beantwortung von mündlichen Anfragen
  8. Anregungen

**Dr. Bernd Wiegand**  
Oberbürgermeister

### Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL, HOAI und VOF

Am Donnerstag, dem 21.03.2013, um 17 Uhr, findet im Ratshof, Saal 107, Marktplatz 1, 06108 Halle (Saale), eine öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF statt.

### Tagesordnung – öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 12.02.2013
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 21.02.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Baubeschluss - Hafenantrasse, 5. Bauabschnitt Holzplatz – Stadthafen  
Vorlage: V/2012/11250

- 5.2. Baubeschluss – Hafenantrasse, Thüringer Bahnhof - Hauptbahnhof  
Vorlage: V/2012/11251
  - 5.3. Baubeschluss – Neubau Spielplatz Thalia-Wiese, Vorlage: V/2012/11252
  - 5.4. Große Ulrichstraße – Zuschuss für gestalterischen Mehraufwand im Rahmen des Teilvorhabens Nr. 10 des Stadtbahnprogrammes  
Vorlage: V/2013/11484
  6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
  8. Mitteilungen
  9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
  10. Anregungen
- ### Tagesordnung – nicht öffentlicher Teil
1. Feststellung der Tagesordnung
  2. Genehmigung der Niederschriften
  - 2.1. Genehmigung der Niederschrift vom 12.02.2013
  - 2.2. Genehmigung der Niederschrift vom 21.02.2013
  3. Beschlussvorlagen
  - 3.1. Vergabeabschluss: FB 66-B-03/ 2013 - Stadt Halle (Saale), Ersatzneubau der Brücke an der Eissporthalle - BR 049, Vorlage: V/2013/11493
  - 3.2. Vergabeabschluss: Amt 66-B-44/ 2012 - Stadt Halle (Saale) - Zentrum Halle-Neustadt, Südzugang, Abbruch-, Straßenbau-, Grünarbeiten, Markierung, Beschilderung und Beleuchtung, Vorlage: V/2013/11494
  - 3.3. Änderung des Beleuchtungsvertrages im § 18 - Preisgleitklausel für Beleuchtungsentgelt  
Vorlage: V/2013/11440
  4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  5. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
  6. Mitteilungen
  7. Beantwortung von mündlichen Anfragen
  8. Anregungen
  - 8.1. Anregung Herr Häder zur 10 % Regelung bei Nachträgen

**Johannes Krause**  
Ausschussvorsitzender

**Uwe Stäglin**  
Beigeordneter

### Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung

Am Dienstag, dem 26.03.2013, 17 Uhr, findet im Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale), eine öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung statt.

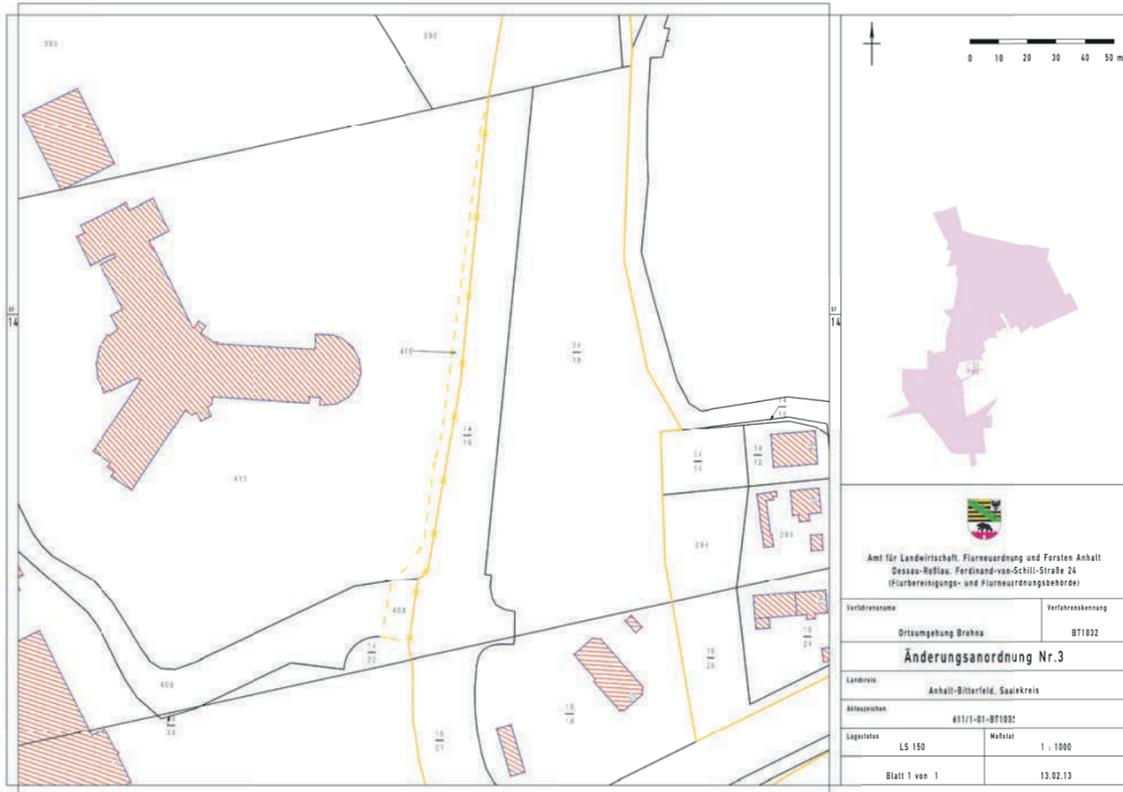
### Tagesordnung – öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
  2. Feststellung der Tagesordnung
  3. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 26.02.2013
  4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Bestellung der stellvertretenden Protokollführer, Vorlage: V/2012/11177
  5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
  7. Mitteilungen
  - 7.1. Information zur Umsetzung des Rahmenvertrages Stadtverwaltung Halle (Saale)/Agentur Kappa im Zeitraum 2009 – 2012
  8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
  9. Anregungen
- ### Tagesordnung – nicht öffentlicher Teil
1. Feststellung der Tagesordnung
  2. Genehmigung der Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung vom 26.02.2013
  3. Beschlussvorlagen
  4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  5. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
  6. Mitteilungen
  - 6.1. Informationsvorlage zur Umsetzung des Beschlusses V/2011/10049 vom 23.11.2011 zur Übertragung der Erschließungsanlagen im Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A14  
Vorlage: V/2013/11501
  7. Beantwortung von mündlichen Anfragen
  8. Anregungen

**Denis Häder**  
Ausschussvorsitzender

**Wolfram Neumann**  
Beigeordneter für  
Wirtschaft und Wissenschaft

# Öffentliche Bekanntmachung des Amtes für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Anhalt



**Auslegung der 3. Änderungsanordnung im Flurbereinigungsverfahren: Unternehmensflurbereinigung Ortsumgebung Brehna (Verf.-Nr.: 611/1-BT1032)**

Die 3. Änderungsanordnung mit der dazugehörigen Gebietskarte liegt vom 1. Tag seiner öffentlichen Bekanntmachung für zwei Wochen im Fachbereich Planen der Stadt Halle (Saale), Technisches Rathaus, Hansering 15, im 5. Obergeschoß, Zimmer 519, während der Dienststunden Montag/Mittwoch/Donnerstag von 9 bis 12 Uhr und 13 bis 15 Uhr, Dienstag von 9

bis 12 Uhr und 13 bis 18 Uhr und Freitag von 9 bis 12 Uhr zur Einsichtnahme aus. Das Verfahrensgebiet ist auf der angefügten Gebietskarte ersichtlich. Gegen diese 3. Änderungsanordnung kann innerhalb von einem Monat nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift an das Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Anhalt, Ferdinand-von-Schill-Straße 24, 06844 Dessau-Roßlau zu richten. Die Wirkung dieses Änderungsbeschlusses

tritt am Tag nach seiner Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) ein.

Dessau - Roßlau, den 19.02.2013

- Siegel -

*Teichmann*  
Teichmann  
Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung  
und Forsten Anhalt

gez. Teichmann  
Amt für Landwirtschaft,  
Flurneuordnung und Forsten Anhalt

## Frühjahrsdeichschau 2013

Unter Federführung des Landesbetriebes für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt findet in diesem Frühjahr wieder eine Überprüfung des ordnungsgemäßen Zustands von Deichen und wasserwirtschaftlichen Anlagen statt. Für die Kontrolle der Deichanlagen im Stadtgebiet von Halle (Saale) sind folgende Termine vorgesehen: Der Deichabschnitt Halle-Neustadt wird im Rahmen der Begutachtung am 18. März 2013 begutachtet. Der Treffpunkt hierfür ist um 9.00 Uhr an

der Überfahrt des Winterdeiches am Ende der Teichstraße in Holleben. Am 10. April 2013 werden der Deich Wörlitz und der Gimritzer Damm überprüft. Die Teilnehmer dafür treffen sich um 10.45 Uhr am Beginn des Wörlitzer Damms kurz vor dem Ende der Garnisonsstraße. Für alle interessierten Bürger besteht die Möglichkeit, auf eigene Gefahr an den Deichschau teilzunehmen. An- und Abfahrt sind jedoch eigenverantwortlich zu organisieren.

## Bekanntmachung des Gemeindevahlleiters

Ersatz von Vertretern im Stadtrat

Gemäß § 41 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.08.2009 (GVBl. LSA S. 383), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.11.2011 (GVBl. LSA S. 814) i. V. m. § 47 Abs. 3 KWG LSA sowie entsprechend der Feststellung des Gemeindevahlausschusses vom 11. Juni 2009 rückt Herr Christian Feigl, nachdem Frau Dr. Gesine Haer-

ting, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ihr Mandat niederlegte, in den Stadtrat nach.

Halle (Saale), den 28.02.2013

*Wiegand*  
Dr. Bernd Wiegand  
Gemeindevahlleiter

Bezogen werden Aussteller mit selbstgefertigten Waren.

Nicht zugelassene Sortimente sind:  
• Tonträger  
• Fan-Artikel  
• Textilien, Schuhe, Taschen, etc.

**Verkaufseinrichtungen:**  
Zugelassen werden attraktive Verkaufsstände, Verkaufswagen und Hütten

Interessenten können ihre Anträge schriftlich bis zum 31. Mai 2013 an die Stadt Halle (Saale), GB III, DLZ Veran-

Die Stadt Halle (Saale), nachfolgend auch Veranstalter genannt, veranstaltet vom 23. bis 25. August 2013 das traditionelle Laternenfest.

**Ort:**  
Laternenfestgelände (Peißnitz, Ziegelwiese, Riveufer, Amselgrund)

**Verkaufszeiten:**  
Freitag von 18.00 bis 01.00 Uhr  
Samstag von 10.00 bis 01.00 Uhr  
Sonntag von 10.00 bis 18.00 Uhr

**Teilnehmerkreis:**  
Es stehen rund 120 Standplätze für Teilnehmer mit folgenden Sortimenten zur Verfügung:  
• Schmuck  
• Keramik  
• Holz  
• Glas  
• Metall  
• Blumen  
• Malerei  
• selbstgefertigte Waren aus Filz oder ähnlichem Material  
• Kunsthandwerk  
• Kunstgewerbe  
• Imkerei  
• Süßwaren  
• Eis  
• Wein  
• Bowle  
• Cocktail  
• Kaffee  
• eine begrenzte Anzahl an Kinderfahr- geschäften.

staltungen, Marktplatz 1, 06100 Halle (Saale), richten.

Maßgeblich für die Wahrung der Frist ist das Datum des Posteinganges bei der Stadt Halle (Saale).

Jeder Antrag muss enthalten:  
• Firmenbezeichnung mit genauer Anschrift und Telefonnummer  
• Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung  
• Nachweis einer gültigen Haftpflichtversicherung  
• Ablichtung der Gewerbeanmeldung/ Gewerbebescheinigung oder Nachweis der freiberuflichen Tätigkeit  
• Sortimente bzw. Leistungsangebote,  
• verbindliche Angaben über Stromanschlüsse und Energiebedarf (kW)  
• Art des Verkaufsstandes mit Foto (1 Foto vom Verkaufsstand und 2 Fotos von den Sortimenten) und Platzbedarf im betriebsbereiten Zustand (Länge, Breite, Höhe, Anbauten, Vorbauten, inklusive Durchgang).

Wird nach Ablauf der Bearbeitungsfrist ein Mangel an geeigneten Bewerbungen festgestellt, kann der Veranstalter geeignete Betreiber anwerben und in die Liste der Antragsteller aufnehmen.

Frühere Zulassungen geben keine Gewähr dafür, dass die Betriebsausführung und Standgestaltung weiterhin den Vorstellungen des Veranstalters entsprechen. Die Bewerbungen oder Zulassungen zum Laternenfest in früheren Jahren begründen keinen Rechtsanspruch auf Zulassung oder auf einen bestimmten Platz.

Für Rückfragen steht Ihnen Frau Sabine Schwerendt telefonisch unter der 0345 - 221 3000 und per E-Mail unter sabine.schwerendt@halle.de zur Verfügung.

Stadt Halle (Saale)  
GB III  
DLZ Veranstaltungen

Anzeige

**Aufheben!**  
Suchen ständig für unsere solvente Mandatschaft EFH/ZFH in Halle u. SK. Betreuung bis Kaufpreiserhalt  
**K.KLEIN**  
Immobilien Halle  
Mühlweg 14  
52 50 93 00  
www.klein-immo-halle.de

**SIKA IMMOBILIEN**  
kompetent & zuverlässig  
sympathisch & erfolgreich  
keine Verkäuferkosten  
gute Referenzen & Kunden  
Fordern Sie die Informationsbroschüre an!  
Halle · Hansering 9 · 20 99 661  
www.SIKA-Immobilien.de

**TRAUERFALL**  
Bestattungen Wagenknecht GbR  
Geiststraße 27  
06108 Halle/Saale  
Mitglied im Verband unabhängiger Bestatter e.V.  
Tel. Tag und Nacht 2 90 07 81

**KFZ-PRÜFZENTRUM KÖHLER**  
Halle · Saalekreis · Burgenlandkreis · Merseburg-Querfurt  
Ihr Partner für:  
✓ Hauptuntersuchung nach § 29 StVZO  
✓ Unfall- und Bewertungsgutachten  
✓ Feinstaubplaketten  
✓ ADAC Vertragsprüfstation  
57 57 57  
(0345)  
www.prüfzentrum-halle.de

**REMONDIS®**  
Zuverlässige Tankreinigung.  
Industrie Service  
Effiziente Servicedienstleistungen für Abfälle aller Art: Haus- und Industrietankanlagenreinigung, Ölabscheiderreinigung, -prüfung und -sanierung, Entsorgung von gefährlichen Abfällen. Haben Sie Fragen? Wünschen Sie ein Angebot? Rufen Sie uns an!  
REMONDIS Industrie Service GmbH & Co. KG, Stöhrerstraße 16, 04347 Leipzig  
Tel.: 0341 2420-411, Fax: -313, www.remondindustrie-service.de

Der Trauer einen Raum geben  
www.ABSCHIED-NEHMEN.DE  
ONLINE KONDOLIEREN  
und der Verstorbenen gedenken  
Ein Service von Mitteldeutscher Zeitung,  
Naumburger Tageblatt, Super Sonntag und Wochenspiegel

**THB**  
Bau- und Containerdienst Brachstedt  
Telefon 03 46 04/2 01 40  
Funk 01 77/2 27 38 32  
www.thb-container.de · E-Mail: thb-container@t-online.de  
Wurper Straße 10 · 06193 Petersberg/OT Brachstedt  
... auch Anlieferung von Sand, Erde, Kies usw.

**LEUWO Osterwochen**  
Nestbau ohne Umzugskosten  
31 Osterwohnungen  
In diesem Jahr findet Ostern im März und im April statt. Dafür gibt es von der LEUWO 31 Wunschwohnungen zur freien Auswahl an elf Standorten. Wer vom 01. März bis zum 30. April 2013 einen Mietvertrag unterzeichnet, erhält als Ostergeschenk die Übernahme der Umzugskosten durch die LEUWO.  
\* gilt nur für Neumieter  
Lützener Platz 16 · 06231 Bad Dürrenberg · Telefon: 0 34 62 / 54 19 22 · info@leuwo.de · www.leuwo.de



## Bekanntgabe des Landesverwaltungsamtes

Öffentliche Bekanntgabe des Referates Bauwesen zur Einzelfallprüfung nach § 3c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum Antrag der EVH GmbH auf Erteilung einer Baugenehmigung nach § 71 der Bauordnung Sachsen-Anhalt zur Errichtung eines Wärmespeichers mit Rohrbrücke in 06112 Halle (Saale)

Die EVH GmbH beantragte mit Schreiben vom 16.04.2012 beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt die Genehmigung nach § 71 der Bauordnung Sachsen-Anhalt für die

Errichtung eines Wärmespeichers mit Rohrbrücke

in 06112 Halle (Saale), Gemarkung: Halle, Flur: 4, Flurstück 2270

Gemäß § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) wird hiermit bekannt gegeben, dass im Rahmen einer standortbezogenen Vor-

prüfung des Einzelfalls nach UVPG festgestellt wurde, dass durch das genannte Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen zu befürchten sind, so dass im Rahmen des Genehmigungsverfahrens keine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) erforderlich ist. Die Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar. Beruht die Feststellung, dass eine UVP unterbleiben soll, auf einer Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c, ist die Einschätzung der zuständigen Behörde in einem gerichtlichen Verfahren betreffend die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens nur darauf zu überprüfen, ob die Vorprüfung entsprechend den Vorgaben von § 3c durchgeführt worden ist und ob das Ergebnis nachvollziehbar ist.

Die Unterlagen, die dieser Feststellung zugrunde liegen, können beim Landesverwaltungsamt, Referat Bauwesen in 06118 Halle (Saale), Dessauer Str. 70, als der zuständigen Genehmigungsbehörde, eingesehen werden.

Landesverwaltungsamt

## Mikrozensus 2013 hat begonnen

Wie groß ist ein durchschnittlicher Haushalt in Sachsen-Anhalt?

Bereits seit Jahresbeginn 2013 erhalten Haushalte Sachsen-Anhalts Post vom Statistischen Landesamt. Mit diesen Briefen wird der Besuch eines Erhebungsbeauftragten angekündigt. Dieser unterstützt im Auftrag des Statistischen Landesamtes die auch als „kleine Volkszählung“ (Mikrozensus) benannte jährliche Haushaltsbefragung.

Der Mikrozensus wird ganzjährig von Januar bis Dezember im gesamten Bundesgebiet durchgeführt. Es werden Daten über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung sowie über Familien, Haushalte und den Arbeitsmarkt erhoben, 2013 auch wieder Fragen zur Gesundheit. Integriert in den Mikrozensus ist die Erhebung über den Arbeitsmarkt für alle Mitgliedstaaten der EU.

Die Informationen sind Grundlage für viele gesetzliche und politische Entscheidungen. Der Mikrozensus ist für viele Sachfragen im Bereich Haushalt und Familie die einzige statistische Informationsquelle.

Rechtsgrundlage der Erhebung ist das vom Deutschen Bundestag am 24. Juni 2004 beschlossene Mikrozensusgesetz (BGBl. I S.1350), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2012 (BGBl. I S.2578).

Beim Mikrozensus handelt es sich um eine Flächenstichprobe für bewohnte Gebäude. Sie umfasst ein Prozent der Bevölkerung. Die Stichprobenziehung erfolgt nach einem mathematischen Zufallsverfahren und ist im Mikrozensusgesetz vorgeschrieben. Da die Qualität der zu berechnenden Ergebnisse entscheidend von der Einhaltung der repräsentativen Auswahl abhängt, besteht für alle betreffenden Haushalte und Personen nach § 7 des Mikrozensusgesetzes in Verbindung mit § 15 Bundesstatistikgesetz für den überwiegenden Teil der Fragen **Auskunftspflicht**. Die in den ausgewählten Wohnungen lebenden Haushalte werden 4 aufeinander folgende Jahre befragt. Pflicht ist auch die **vollständige und wahrheitsgemäße Beantwortung der Fragen**.

Die vom Statistischen Landesamt geschulten und zuverlässigen **Erhebungsbeauftragten** kündigen ihren Besuch bei rund 12 000 Haushalten schriftlich an und können sich durch einen amtlichen Ausweis legitimieren. Sie sind **zu strikter Verschwiegenheit und Geheimhaltung verpflichtet**. Alle erhobenen Einzelangaben unterliegen nach den gesetzlichen Bestimmungen der **Geheimhaltungspflicht** und werden weder an Dritte weitergegeben noch veröffent-

licht. Sie dienen ausschließlich der Hochrechnung zu Landes- bzw. Regionalergebnissen. Die **Auskünfte werden nach Eingang der Unterlagen im Statistischen Landesamt anonymisiert**.

Der geringste Zeitaufwand entsteht, wenn die Fragen gegenüber dem Erhebungsbeauftragten mündlich beantwortet werden.

Der Haushalt kann den Erhebungsbogen auch selbst ausfüllen und direkt an das Statistische Landesamt senden oder die Auskünfte telefonisch erteilen. Das Statistische Landesamt bittet alle Haushalte, die im Verlaufe des Jahres 2013 ein Schreiben des Amtes in ihren Briefkästen finden, die Arbeit der Erhebungsbeauftragten und des Statistischen Landesamtes zu unterstützen.

Das nächste  
**AMTSBLATT**  
der Stadt Halle (Saale)  
erscheint am 27. März 2013.  
[www.halle.de](http://www.halle.de)

Seit 20 Jahren zufriedene Kunden  
in  
Sachsen · Sachsen-Anhalt · Brandenburg · Berlin

**RÖMPLER** Fenster · Türen

Besuchen Sie unsere Ausstellung auf über 350 qm  
04849 Bad Dübener Brückenstraße 5  
Tel. 03 42 43 - 31 10  
geöffnet: Mo-Fr: 8 - 17 Uhr und Sa: 9 - 12 Uhr (oder nach Vereinbarung)

Container 1-40m<sup>3</sup>  
entsorgen-beräumen-liefern  
034606 59053  
0345 2036973(6) F.(5)  
[www.benagmbh.de](http://www.benagmbh.de)

**MICHEEL** Hansering 15, 06108 Halle  
DAS KÜCHENSTUDIO Tel. 0345 13 17 50

Micheel - Ein anderes Wort für Küche

PARKETT- UND BODENBELAGSARBEITEN  
RAUM AUSSTATTUNG  
DESIGNBELÄGE  
INNENAUSBAU

**PaDeWa** Inwendener Straße 12  
06188 Landsberg OT Oppin  
034604 24861  
0170 7788380  
[www.padewa.de](http://www.padewa.de) kontakt@padewa.de

Wintergärten & Terrassendächer direkt ab Werk  
**Aktionswintergarten ab 10.995,- €**  
in Wohnraumqualität | 4 x 3 m | inkl. MwSt., Aufbau & Montage  
Steffen Meersteiner | VWW Veranda GmbH | Feldstraße 6 | 04435 Schkeuditz  
Telefon: 03 42 05 / 42 11 9 | Telefax: 03 42 05 / 45 37 3  
Email: info@steffen-meersteiner.de | [www.leipzig-wintergartenbau.de](http://www.leipzig-wintergartenbau.de)

**SALZMANN & HUSTER**  
VERBINDUNGSTECHNIK

... für eine bessere Verbindung!

- Verkauf an Firmen- + PRIVATKUNDEN -

- Holzbautechnik (Holzverbinder für den Profi und Heimwerker)
- Befestigungstechnik Schrauben und Normteile in verzinkt, feuerverzinkt und Edelstahl A2/A4 (Zeichnungsteile auf Anfrage)
- Befestigungstechnik Dübel (Fischer, MKT, MEA, TOX)
- Montagewerkzeuge und Zubehör
- Chemische Produkte

**S&H Verbindungstechnik GbR**  
Otto-Stomps-Str. 17 · 06116 Halle (S.)  
Telefon: 0345/13 25 60 60

Öffnungszeiten:  
Montag-Freitag: 7.00 - 17.00 Uhr  
Samstag: 8.00 - 12.00 Uhr

Sie wollen Ihre Immobilie verkaufen? Wir auch!

Bieten Sie Ihre Immobilie unseren Sparkassenkunden an! Nutzen Sie zusätzlich auch unsere Sparkassenfilialen als Ihre Werbeplattform! Finanzgeprüfte Kunden der Saale-Sparkasse freuen sich auf Ihr Haus.

**Jörg Brade**  
Kabelsketal, Landsberg und Halle (Saale)  
0175 9515585  
joerg.brade@ic-saalesparkasse.de

**Karsten Palm**  
Halle (Saale)  
0170 9085982  
karsten.palm@ic-saalesparkasse.de

**Frank Praßler**  
Salzatal, Wettin und Halle (Saale)  
0152 53644984  
frank.praessler@ic-saalesparkasse.de

**Frank Sichtung**  
Löbejün, Petersberg, Halle (Saale) & Teutschenthal  
0179 7725004  
frank.sichtung@ic-saalesparkasse.de

REISE UND ERHOLUNG

Sie könnten auch woanders Urlaub machen - aber warum sollten Sie?

**Aparthotel Hochwald im Schwarzwald**

Wir holen Sie an der Haustür ab! Mit unserem Hotelbus, ohne Reisetrest direkt in Ihr \*\*\*\*Komfortapartment. Inklusive Übernachtung, Fahrt und Kurtaxe! ab 28.04., 02.06., 25.08., 29.09. 13 ÜN für 625,- € p.P./DZ ab 12.05./08.09. 20 ÜN für 847,- € p.P./DZ Bei eigener Anreise Übernachtung ab 33,- € p.P./DZ

Hallenbad, Whirlpool, Sauna, Wellnessangebote, Fitnessraum, Physiotherapie, Arzt im Haus  
Fam. Eppel, Am Hochwald 11, 75378 Bad Liebenzell, Tel. (07052) 92 93-0 · Fax: 92 93-50 · [www.hochwald-eppel.de](http://www.hochwald-eppel.de)

**Stausee Leibis \*\*\***  
4 ÜHP, 159,- € p.P.  
6 ÜHP, 209,- € p.P.  
+ Ferienhäuser!  
Tel. 0 36 701/2 00 80  
[www.waldhotel-feldbachtal.de](http://www.waldhotel-feldbachtal.de)

URLAUB IM ♥ DER MOSEL! z.B.  
3x HP 120 €/5x HP 195 €/7x HP 265 €  
reichhaltige Frühstücks- und Abendbuffets  
Hotel Mosella · 56859 Bullay/Bahnstation  
Tel. 0 65 42 / 90 00 24 · Fax 90 00 25  
kostenl. Prosp. anfr. · [www.hotel-mosella.de](http://www.hotel-mosella.de)

Spende gut, alles gut.  
Spendenkonto: 41 41 41  
BLZ: 370 205 00 · DRK.de

Mach mit DRK.de  
**DEUTSCHES ROTES KREUZ**  
Eines für alle...

### BEKANNTMACHUNGEN

**Gebäudeabbruch, Halle**  
Öffentliche Ausschreibung

a) Auftraggeber: Lebenshilfe e.V. Halle  
Böllberger Weg 174  
06128 Halle

b) Gewähltes Verfahren: Öffentliche Ausschreibung nach VOB/A

c) Auftragsart: Ausführung von Bauleistungen/Bauvertrag

d) Ort der Ausführung: 06128 Halle, Böllberger Weg 174

e) Art und Umfang: Gebäudekomplettabbruch, ca. 5.870 m<sup>3</sup> umbauter Raum

f) Aufteilung in Lose und Umfang: Die Leistungen sind nicht in Lose aufgeteilt.

g) Planungsleistungen: nein

h) Ausführungsfristen: Fertigstellung: 13.05.2013

i) Anforderung der Unterlagen: ab 14.03.2013 angefordert bzw. abgeholt werden bei:  
**Hochbau- und Planungsbüro „PROJEKT-BAU“**  
Albert-Schweitzer-Straße 51, 06114 Halle  
Tel.: 0345/520870, Fax: 0345/5200020

j) Gebühren: Die Verdingungsunterlagen werden gegen eine nicht erstattungsfähige Gebühr in Höhe von 10,00 EUR abgegeben. Zahlungsweise bar oder Verrechnungsscheck; Empfänger: „PROJEKT-BAU“; siehe i). Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt.

k) Termin für die Einreichung der Angebote: bis spätestens 25.03.2013, 13.00 Uhr im verschlossenen Umschlag.

l) Anschrift für die Angebotsabgabe: „PROJEKT-BAU“; siehe i)

m) Sprache: Die Angebote sind in Deutsch abzufassen.

n) Personen: Zur Submission werden nur Bieter und deren Bevollmächtigte zugelassen

o) Eröffnungstermin und Ort: 25.03.2013 / 13.00 Uhr / siehe i)

p) Sicherheiten: Die Höhe der Vertragserfüllungsbürgschaft beträgt 5 % der Auftragssumme. Die Höhe der Gewährleistung beträgt 3 % der Abrechnungssumme.

q) Zahlungsbedingungen: gemäß § 16 VOB/B

r) Rechtsform von Bietergemeinschaften: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

s) Mit dem Angebot verlangte Nachweise: Die ausgeschriebenen Arbeiten werden nur an leistungsfähige Bieter, von denen die Nachweisführung der Fachkunde, der Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit gemäß VOB/A § 6 (3) zu erbringen ist, vergeben. Zusätzlich ist ein aktueller Auszug (nicht älter als 3 Monate) aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150 Abs. 1 der Gewerbeordnung vorzulegen. Die Nachweise sind den Angebotsunterlagen beizufügen.

t) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: Die Zuschlagsfrist beginnt mit dem Eröffnungstermin. Die Bindefrist endet am 04.04.2013

u) Nebenangebote: Nebenangebote und Änderungsvorschläge sind zugelassen.

**Bekanntmachung**

Ab Mittwoch, 13. 03. 2013, liegt in den Geschäftsräumen der Halleschen Wohnungsgenossenschaft „Freiheit“ eG, 06132 Halle, Freyburger Str. 3, Zimmer 227, die Liste der Kandidaten für die Vertreterversammlung während der Sprechzeiten zur Einsichtnahme für die Mitglieder aus.

**Sprechzeiten:**  
Dienstag und Donnerstag: 09.00 Uhr bis 11.30 Uhr  
Dienstag: 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr

**Der Wahlvorstand**